

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 6 München, den 31. März 2006

Datum	Inhalt	Seite
27.3.2006	Bekanntmachung über das In-Kraft-Treten des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung 763-9-I	126
18.3.2006	Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften 752-2-W	127
1.3.2006	Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft ... 7803-15-L	128
5.3.2006	Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses 2013-1-2-F	131
6.3.2006	Bayerische Bergverordnung (BayBergV) 750-19-W	134
8.3.2006	Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen 9210-2-W	159
15.3.2006	Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebOVerm) 2013-2-9-F	160
15.3.2006	Verordnung zur Aufhebung von Richtervorbehalten im Betreuungsverfahren 315-7-J	170
17.3.2006	Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Beamten der Laufbahnen des feuerwehrtechnischen Dienstes 2038-3-2-12-I	171
16.3.2006	Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags 1100-1-2-I	175

763-9-I

Bekanntmachung
über das In-Kraft-Treten
des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern
und dem Land Baden-Württemberg
zur Änderung des Staatsvertrags
über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten
und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg
zur Bayerischen Apothekerversorgung

Vom 27. März 2006

Der am 30. Mai 2005 und am 17. Juni 2005 unterzeichnete Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung (veröffentlicht im GVBl S. 36) tritt nach seinem Art. 2 Satz 2 am 1. April 2006 in Kraft.

München, den 27. März 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

752-2-W

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften

Vom 18. März 2006

Auf Grund von Art. 1 Abs. 2 und Art. 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Januar 2005 (GVBl S. 17, BayRS 700-2-W), geändert durch Gesetz vom 10. März 2006 (GVBl S. 122), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiV) vom 2. Januar 2000 (GVBl S. 2, BayRS 752-2-W), zuletzt geändert durch § 3 der Verordnung vom 21. Dezember 2004 (GVBl S. 548), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Die Zuständigkeit für die Aufgaben der Landesregulierungsbehörde gemäß § 54 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 sowie für hierauf gerichtete Aufgaben und Befugnisse nach § 54 Abs. 2 Nr. 8, jeweils unter Einschluss der Befugnisse nach §§ 65 bis 74, 94 und 95 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl I S. 1970, 3621), wird auf die Regierungen übertragen, soweit es sich nicht um Unternehmen, die unter § 3 Abs. 2 der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) vom 25. Juli 2005 (BGBl I S. 2197) fallen, sowie die folgenden Unternehmen handelt:

infra Fürth GmbH
(Geschäftsbereich Elektrizitätsverteilernetz),

E.ON Bayern AG
(Geschäftsbereich Gasverteilernetz) sowie

deren künftige Rechtsnachfolger.

²Örtlich zuständig ist jeweils die Regierung, in deren Bezirk sich der Sitz der Hauptverwaltung des betroffenen Unternehmens befindet.“

b) In Abs. 2 wird „§ 11a EnWG“ durch „§ 43 EnWG“ ersetzt.

c) In Abs. 3 wird „§ 11b Abs. 3 EnWG“ durch „§ 44 Abs. 3 EnWG“ ersetzt.

2. § 1a erhält folgende Fassung:

„§ 1a

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Zuständigkeit für den Vollzug des § 20 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl I S. 1757, 2797), geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24. Juni 2005 (BGBl I S. 1794), bei den in Anlage 1 zum UVP unter Nr. 19.7 genannten Vorhaben wird auf die Regierungen übertragen.“

3. §§ 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„§ 2

Bundestarifordnung Elektrizität

Die Zuständigkeit zum Vollzug der Bundestarifordnung Elektrizität vom 18. Dezember 1989 (BGBl I S. 2255), geändert durch Art. 345 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl I S. 2785), wird auf die Regierungen übertragen, soweit es sich nicht um folgende Unternehmen handelt:

E.ON Bayern AG,

Lechwerke AG und

N-Ergie AG sowie

deren künftige Rechtsnachfolger.

§ 3

Konzessionsabgabenverordnung

Für die Zuständigkeit zum Vollzug der Konzessionsabgabenverordnung vom 9. Januar 1992 (BGBl I S. 12, 407), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 40 des Gesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl I S. 1970), gilt § 2 entsprechend.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 2005 in Kraft.

München, den 18. März 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

7803-15-L

Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft

Vom 1. März 2006

Auf Grund von Art. 44 Abs. 2 Satz 1, Art. 45 Abs. 2 Satz 4, Art. 49 Abs. 1 Satz 2, Art. 89 und Art. 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft vom 30. August 2001 (GVBl S. 603, BayRS 7803-15-L), geändert durch § 11 der Verordnung vom 16. Juni 2005 (GVBl S. 220), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird durch folgende Abs. 1 und 2 ersetzt.

„(1) Der Unterricht umfasst drei Schuljahre mit je 40 Unterrichtswochen in Vollzeitform.

(2) ¹Der Unterricht wird durch Praktika in Betrieben und Einrichtungen außerhalb der Schule ergänzt. ²Die Auswahl dieser Betriebe und Einrichtungen trifft die Schulleitung. ³Die Praktika werden von der Schule überwacht. ⁴Um eine umfassende Ausbildung zu gewährleisten, ist ein Wechsel der Betriebe und Einrichtungen anzustreben.“

b) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

2. § 5 Abs. 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Als weitere Ausnahmen kann der Schulleiter im Rahmen noch verfügbarer Studienplätze Bewerber/Bewerberinnen mit einem anderen als dem in Abs. 1 genannten einschlägigen Berufsabschluss zulassen.“

3. § 7 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Übersteigt die Zahl der zulassungsfähigen Bewerber die Höchstzulassungszahl, findet ein Auswahlverfahren statt. ²Die Auswahl erfolgt in der Reihenfolge der in einer Aufnahmeprüfung in den Fächern Mathematik, Ernährung, Räume und Textilien erreichten Gesamtnote. ³Die Aufnahmeprüfung wird schriftlich durchgeführt und dauert insgesamt 90 Minuten; sie wird durch eine

mündliche Prüfung von insgesamt höchstens 30 Minuten ergänzt, wenn diese für die eindeutige Beurteilung der Prüfungsleistung von Bedeutung ist.“

4. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Die Absatzbezeichnung in Abs. 1 entfällt.

b) Abs. 2 wird aufgehoben.

5. In § 24 werden die Nrn. 1 bis 5 durch folgende Nrn. 1 bis 4 ersetzt:

„1. Ernährung, Service und Gesundheit,

2. Betriebslehre, Rechnungswesen und Controlling,

3. Berufsbildung und Personalwirtschaft,

4. Betriebsorganisation.“

6. In § 25 Abs. 1 Satz 1 wird „§ 24 Nrn. 1 bis 4“ durch „§ 24 Nrn. 1 bis 3“ ersetzt.

7. § 26 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) In einem oder beiden Prüfungsfächern nach § 24 Nrn. 1 und 2 wird auf Antrag mündlich geprüft, wenn die Jahresfortgangsnote und die Note der schriftlichen Prüfung um mehr als eine Note auseinanderliegen.“

8. § 27 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 wird „§ 24 Nr. 4“ durch „§ 24 Nr. 3“ ersetzt.

b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Im Prüfungsfach nach § 24 Nr. 4 findet eine praktische Prüfung mit Auszubildenden oder Mitarbeitern und 300 Minuten Dauer und einem anschließenden Prüfungsgespräch von 20 Minuten Dauer statt.“

9. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die bestandene Abschlussprüfung ist eine gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über die Anforderungen an die fachliche Eignung und die Anerkennung von Prüfungen zum Nachweis der fachlichen Eignung für die Berufsausbildung in den Berufen der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft vom 1. August 2005 (BGBl I S. 2284) für die Be-

rufsausbildung im Ausbildungsberuf Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin anerkannte Prüfung.“

b) In Abs. 2 werden die Worte „Berufs- und Arbeitspädagogik“ durch die Worte „Berufsbildung und Personalwirtschaft“ ersetzt.

10. Die Anlage wird durch die Anlage dieser Verordnung ersetzt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 10. September 2005 in Kraft.

(2) Für Studierende, die im Schuljahr 2005/2006 das zweite oder dritte Schuljahr besuchen, gilt bis zum Abschluss des Schulbesuchs, für Prüfungswiederholer längstens bis zum Ende des Schuljahres 2007/2008 die Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft in der bis zum 9. September 2005 geltenden Fassung.

München, den 1. März 2006

**Bayerisches Staatsministerium
für Landwirtschaft und Forsten**

Josef Miller, Staatsminister

Studentafel
für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft
– Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung –

	1. Schuljahr	2. Schuljahr	3. Schuljahr
1. Pflichtfächer			
1.1 Allgemeinbildende Grundlagen			
1.1.1 Deutsch ¹⁾	2	1	1
1.1.2 Englisch ^{1) 2)}	2	2	2
1.1.3 Mathematik ¹⁾	1	1	
1.1.4 Sozialkunde und Verbraucherschutz ¹⁾	2		
1.1.5 Informationstechnik	2		
	9	4	3
1.2 Ernährung und Haushaltsmanagement			
1.2.1 Ernährung, Service und Gesundheit	9	9	2
1.2.2 Objektgestaltung und Gerätetechnik	2		2
1.2.3 Objektreinigung	5	2	
1.2.4 Textilien und Wäscheversorgung	4	4	
1.2.5 Agrarproduktion und Direktvermarktung		2	2
1.2.6 Hausgarten	2	2	2
	22	19	8
1.3 Führungsmanagement			
1.3.1 Betriebslehre, Rechnungswesen und Controlling		4	4
1.3.2 Qualitätsmanagement und Marketing	1		2
1.3.3 Berufsbildung und Personalwirtschaft		3	5
1.3.4 Projektmanagement	2	2	2
1.3.5 Betriebsorganisation			8
	3	9	21
Mindestpflichtstunden	34	32	32
2. Praktika Gesamtstunden	370	400	
3. Zusatzfächer für den Erwerb der Fachhochschulreife			
Englisch ^{1) 2)}			1
Mathematik ¹⁾	2	2	
4. Wahlfächer			
4.1 Informationstechnik – Vertiefung		2	
4.2 Musische Bildung	2		
4.3 Mode und textiles Gestalten			2
4.4 Gemüsegarten		2	

¹⁾ Das Fach ist in die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife einzubringen.

²⁾ In dem Fach ist die schriftliche Ergänzungsprüfung abzulegen.

2013-1-2-F

Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses

Vom 5. März 2006

Auf Grund von Art. 5 und 10 des Kostengesetzes vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), erlässt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die **Anlage** zu § 1 der Verordnung über den Erlass des Kostenverzeichnisses zum Kostengesetz (Kostenverzeichnis - KVz) vom 12. Oktober 2001 (GVBl S. 766, BayRS 2013-1-2-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 2004 (GVBl S. 504), wird wie folgt geändert:

1. In das Abkürzungsverzeichnis werden die Stichwörter „EnWG Energiewirtschaftsgesetz“, „GasNEV Gasnetzentgeltverordnung“, „GasNZV Gasnetzzugangsverordnung“, „StromNEV Stromnetzentgeltverordnung“ und „StromNZV Stromnetzzugangsverordnung“ aufgenommen.
2. Tarif-Nr. 5.III.3/1 erhält folgende Fassung:

Tarif-Nr.		Gegenstand	Gebühr Euro
Lfd. Nr.	Tarif-Stelle		
	1	Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)	
	1.1	Genehmigung nach § 4 Abs. 1 EnWG	30 bis 7.500 €
	1.2	Untersagung nach § 5 EnWG	800 bis 10.000 €
	1.3	Genehmigung der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a EnWG	1.000 bis 25.000 €
	1.4	Entscheidung (Genehmigung gegenüber dem Antragsteller, Festlegung gegenüber einem Netzbetreiber, einer Gruppe von oder gegenüber allen Netzbetreibern) nach § 29 Abs. 1 EnWG über die Bedingungen und Methoden für den Netzanschluss oder den Netzzugang nach den in § 17 Abs. 3, § 21a Abs. 6 und § 24 EnWG genannten Rechtsverordnungen:	
	1.4.1	Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m.	
	1.4.1.1	§ 27 Abs. 1 StromNZV	1.500 bis 150.000 €

Tarif-Nr.		Gegenstand	Gebühr Euro
Lfd. Nr.	Tarif-Stelle		
	1.4.1.2	§ 27 Abs. 2 StromNZV	2.500 bis 70.000 €
	1.4.1.3	§ 27 Abs. 3 StromNZV	8.000 bis 80.000 €
	1.4.1.4	§ 28 Abs. 1 bis 4 StromNZV	20.000 bis 150.000 €
	1.4.1.5	§ 42 Abs. 1 GasNZV	10.000 bis 150.000 €
	1.4.1.6	§ 42 Abs. 2 GasNZV	10.000 bis 175.000 €
	1.4.1.7	§ 42 Abs. 3 GasNZV	8.000 bis 80.000 €
	1.4.1.8	§ 42 Abs. 4 GasNZV	25.000 bis 160.000 €
	1.4.1.9	§ 42 Abs. 5 GasNZV	12.000 bis 80.000 €
	1.4.1.10	§ 42 Abs. 6 GasNZV	12.000 bis 80.000 €
	1.4.1.11	§ 42 Abs. 7 GasNZV	25.000 bis 180.000 €
	1.4.1.12	§ 42 Abs. 8 GasNZV	25.000 bis 150.000 €
	1.4.1.13	§ 43 Abs. 1 bis 4 GasNZV	30.000 bis 180.000 €
	1.4.1.14	§ 29 StromNEV	500 bis 5.000 €
	1.4.1.15	§ 30 Abs. 1, 2 oder 3 StromNEV	1.000 bis 15.000 €
	1.4.1.16	§ 29 GasNEV	500 bis 5.000 €
	1.4.1.17	§ 30 Abs. 1, 2 oder 3 GasNEV	1.000 bis 20.000 €
	1.5	Änderung einer Festlegung oder Genehmigung nach § 29 Abs. 2 EnWG	1.000 bis 180.000 €
	1.6	Verpflichtung nach § 30 Abs. 2 EnWG, eine Zuwiderhandlung gegen § 30 Abs. 1 EnWG abzustellen	1.000 bis 90.000 €
	1.7	Entscheidungen nach § 31 Abs. 3 EnWG	500 bis 180.000 €
	1.8	Anordnung der Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils und Auferlegung der Zahlung des entsprechenden Geldbetrags gegenüber dem Unternehmen nach § 33 Abs. 1 EnWG	2.500 bis 75.000 €
	1.9	Entscheidungen nach § 36 Abs. 2 Satz 3 EnWG	150 bis 5.000 €
	1.10	Planfeststellungsverfahren nach § 43 EnWG:	
	1.10.1	Planfeststellung: Für Baukosten bis 2,5 Mio. € Für weitere Baukosten bis 7,5 Mio. € Für weitere Baukosten bis 20 Mio. € Für weitere Baukosten	8 % der Baukosten 4 % der Baukosten 2 % der Baukosten 1 % der Baukosten
	1.10.2	Plangenehmigung	50 % der Gebühr nach Tarif-Stelle 1.10.1
	1.11	Anordnung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 EnWG	50 bis 1.100 €
	1.12	Entscheidung nach § 44 Abs. 3 Satz 2 EnWG	50 bis 1.100 €

Tarif-Nr.		Gegenstand	Gebühr Euro
Lfd. Nr.	Tarif-Stelle		
	1.13	Maßnahmen der technischen Aufsicht nach § 49 Abs. 5 EnWG	125 bis 3.750 €
	1.14	Aufsichtsmaßnahmen nach § 65 EnWG	50 bis 180.000 €
	1.15	Entscheidungen nach § 110 Abs. 4 EnWG	50 bis 7.500 €
	1.16	Erteilung von beglaubigten Abschriften nach § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EnWG	15 €

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 2006 in Kraft.

München, den 5. März 2006

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Prof. Dr. Kurt Falthauer, Staatsminister

750-19-W

Bayerische Bergverordnung (BayBergV) ¹⁾

Vom 6. März 2006

Auf Grund von § 176 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit § 65 Nrn. 1, 2, 4, 5 und 6 in Verbindung mit Nr. 4, § 66 Satz 1 Nrn. 1, 2, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 sowie § 126 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3, § 127 Abs. 1 Satz 1, §§ 128 und 129 Abs. 1 des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl I S. 1310), zuletzt geändert durch Art. 37 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl I S. 1818) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten der Bergbehörden (Bergbehörden-Verordnung – BergbehördV) vom 20. Dezember 1994 (GVBl S. 1060, BayRS 750-1-W), zuletzt geändert durch § 5 der Verordnung vom 2. August 2005 (GVBl S. 330), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Vorschriften für alle Betriebe

Abschnitt I

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Verkehrssprache
- § 3 Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Technik
- § 4 Prüfungen
- § 5 Betriebliche Unterlagen
- § 6 Sicherung von Einrichtungen
- § 7 Sicherung der Erdoberfläche
- § 8 Betreten des Betriebsgeländes
- § 9 Trinkwasser und andere Getränke, Alkohol- und Rauschmittelverbot
- § 10 Organisation der Ersten Hilfe

¹⁾ Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl EG Nr. L 204 S. 37), geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

Abschnitt II

Ferngesteuerte, fernüberwachte, überwachungsbedürftige und elektrische Anlagen

- § 11 Ferngesteuerte und fernüberwachte Anlagen
- § 12 Überwachungsbedürftige Anlagen
- § 13 Jahresrevision der in Grubenbauen eingesetzten elektrischen Anlagen und Arbeitsmittel
- § 14 Besondere Aufzeichnungen

Abschnitt III

Explosionsgefährdete Bereiche

- § 15 Zoneneinteilung explosionsgefährdeter Bereiche über Tage
- § 16 Kriterien für die Auswahl von Arbeitsmitteln und Schutzsystemen in explosionsgefährdeten Bereichen
- § 17 Überwachung der Anlagen und Arbeitsmittel in explosionsgefährdeten Bereichen
- § 18 Auftreten explosionsfähiger Atmosphäre außerhalb der festgelegten explosionsgefährdeten Bereiche

Zweiter Teil

Zusätzliche Vorschriften für bestimmte Betriebe

Abschnitt I

Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen über Bohrungen – Erdöl, Erdgas, Erdwärme, Untergrundspeicherung von Erdgas – Bohrungen nach § 127 BBergG

- § 19 Allgemeine Vorschriften, Anforderungen an Personen
- § 20 Lagerstättenschutz und Grundwasserschutz bei Bohrungen
- § 21 Überwachung des Förderbetriebs aus Erdöl- und Erdgaslagerstätten und bei der Untergrundspeicherung von Erdgas

Abschnitt II

Untertägige Betriebe

Unterabschnitt 1

Grubenbaue

- § 22 Sicherheitsfesten
- § 23 Errichtung, Erhaltung und Auflassung von Grubenbauen
- § 24 Sperrung von Grubenbauen, aufgelassene Grubenbaue
- § 25 Schutz vor Wassereintrüben und Gasausbrüchen
- § 26 Auswechseln und Rauben des Ausbaus

Unterabschnitt 2
Fahrung und Förderung

§ 27 Signale im Fahr- und Förderbetrieb

Unterabschnitt 3
Bewetterung

§ 28 Wetterversorgung
§ 29 Wetterführung
§ 30 Überwachung der Bewetterung
§ 31 Meldepflicht beim Auftreten von Grubengas

Unterabschnitt 4
Sonstiges

§ 32 Offenes tragbares Geleucht

Dritter Teil
Besondere Einrichtungen

Abschnitt I

**Bohranlagen und sonstige Anlagen
zur Aufwältigung und Behandlung von Bohrungen**

§ 33 Anwendungsbereich
§ 34 Anforderungen an den Betrieb von Bohranlagen und von sonstigen Anlagen
§ 35 Fahrsicherungen und Anzeigevorrichtungen
§ 36 Seilsicherheiten, Nachnehmen und Kürzen von Hebewerkseilen
§ 37 Bedienung des Hebewerks
§ 38 Aufbau, Abbau und Umsetzen von Bohranlagen
§ 39 Mindestanforderungen an regelmäßige Prüfungen
§ 40 Betriebsbuch für Bohranlagen und sonstige Anlagen zur Aufwältigung und Behandlung von Bohrungen

Abschnitt II

Schacht- und Schrägförderanlagen

§ 41 Anwendungsbereich
§ 42 Genehmigung von Schacht- und Schrägförderanlagen
§ 43 Besondere Einrichtungen
§ 44 Inbetriebnahme von Anlagen und Aufnahme der Seilfahrt
§ 45 Einstellung und Wiederaufnahme der Seilfahrt
§ 46 Abnahmeprüfung durch Sachverständige
§ 47 Bescheinigung über Werkstoffprüfungen
§ 48 Auflegen und Einhängen von Seilen und Erneuern von Seileinbänden
§ 49 Seilauftriebszeiten
§ 50 Regelmäßige Prüfungen

Abschnitt III

Rohrleitungen

§ 51 Errichtung, Betrieb und Überwachung von Rohrleitungen

Vierter Teil

Sprengarbeiten, Umgang mit Explosivstoffen

§ 52 Umgang mit Explosivstoffen

Fünfter Teil

Sachverständige

§ 53 Sachverständige und sachverständige Stellen

Sechster Teil

Schlussvorschriften

§ 54 Übertragung der Verantwortlichkeit
§ 55 Übergangsvorschriften
§ 56 Ordnungswidrigkeiten
§ 57 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Anlagen 1 bis 3

Erster Teil

Vorschriften für alle Betriebe

Abschnitt I

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für Tätigkeiten und Einrichtungen, die der Bergaufsicht nach dem Bundesberggesetz unterliegen.

§ 2

Verkehrssprache

(1) Der Unternehmer hat für Einrichtungen, in denen Personen mit unterschiedlicher Muttersprache beschäftigt werden, eine einheitliche Verkehrssprache festzulegen und sicherzustellen, dass

1. nur Beschäftigte mit selbständigen Arbeiten betraut werden, die in der Verkehrssprache gegebene Weisungen richtig auffassen und sich in dieser Sprache eindeutig verständlich machen können,

2. verantwortliche Personen und weisungsberechtigte Personen die Verkehrssprache beherrschen und Deutsch sprechen, Deutsch lesen und Deutsch schreiben können.

(2) Die zuständige Bergbehörde kann Ausnahmen von Abs. 1 Nr. 2 zulassen, wenn der Unternehmer dafür sorgt, dass eine ausreichende Zahl anderer fachkundiger Personen vor Ort anwesend sind, die über die in Abs. 1 Nr. 2 genannten Sprachkenntnisse verfügen und die Einleitung von Notfall- oder Rettungsmaßnahmen, die dazu erforderliche Information der Öffentlichkeit und die Verständigung mit den Behörden ohne Verzögerungen erfolgen können.

§ 3

Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Technik

Bei der Errichtung, dem Betreiben und den Prüfungen von Einrichtungen, Anlagen und Arbeitsmitteln sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu berücksichtigen.

§ 4

Prüfungen

(1) ¹Soweit der Unternehmer im Rahmen systematischer Prüfungen gemäß § 17 Abs. 3 Satz 3 Bergverordnung für alle bergbaulichen Bereiche (Allgemeine Bundesbergverordnung – ABBergV) vom 23. Oktober 1995 (BGBl I S. 1466), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10. August 2005 (BGBl I S. 2452) eingehende Inaugenscheinnahmen mit Bewertungen sowie erforderlichenfalls Messungen und Erprobungen vorsieht, sind diese von Sachverständigen oder sachverständigen Stellen gemäß § 53 durchzuführen. ²Die Sachverständigen können bei der Prüfung geeignete Hilfskräfte hinzuziehen. ³Satz 1 gilt nicht, wenn andere Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen.

(2) ¹Soweit der Unternehmer im Rahmen systematischer Prüfungen gemäß § 17 Abs. 3 Satz 3 ABBergV eine Inaugenscheinnahme zur Feststellung äußerlich erkennbarer Schäden sowie erforderlichenfalls die genaue Besichtigung einzelner Teile vorsieht, sind diese von Beschäftigten durchzuführen, die die fachlichen Anforderungen dafür erfüllen. ²Die fachlichen Anforderungen im Sinn von Satz 1 erfüllt, wer auf Grund seiner Berufsausbildung, seiner Kenntnisse und Erfahrungen sowie der Kenntnisse der einschlägigen Bestimmungen die ihm übertragenen Arbeiten beurteilen und mögliche Gefahren erkennen kann. ³Die fachlichen Anforderungen erfüllt auch, wer durch mehrjährige Tätigkeit Kenntnisse und Berufserfahrungen auf seinem Arbeitsgebiet erworben hat, die einschlägigen Bestimmungen für ein sicherheitlich richtiges Verhalten kennt und für die ihm übertragenen Aufgaben durch Ausübung und Unterricht angelernt wurde. ⁴Satz 1 gilt nicht, wenn andere Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen.

(3) ¹Soweit der Unternehmer im Rahmen systematischer Prüfungen gemäß § 17 Abs. 3 Satz 3 ABBergV die Inaugenscheinnahme zur Feststellung äußerlich

erkennbarer Schäden und Mängel vorsieht, ist diese von den Beschäftigten durchzuführen, die hierfür gemäß § 6 Abs. 2 ABBergV unterwiesen wurden. ²Satz 1 gilt nicht, wenn andere Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen.

(4) ¹Die zuständige Bergbehörde kann außerordentliche Prüfungen von für die Sicherheit bedeutsamen Einrichtungen, Anlagen und Arbeitsmitteln anordnen, wenn hierfür ein besonderer Anlass besteht, insbesondere wenn ein Schadensfall eingetreten ist. ²Außerordentliche Prüfungen auf Anordnung der zuständigen Bergbehörde sind unverzüglich zu veranlassen. ³Die zuständige Bergbehörde kann darüber hinaus zusätzliche regelmäßige Prüfungen anordnen, wenn Erkenntnisse darüber vorliegen, dass dies auf Grund besonderer Beanspruchungen von Einrichtungen im Bergbaubetrieb erforderlich ist. ⁴Die zuständige Bergbehörde kann bestimmen, dass die angeordneten Prüfungen durch Sachverständige oder sachverständige Stellen vorzunehmen sind.

(5) ¹Über die Ergebnisse der Prüfungen nach den Abs. 1, 2 und 4 sowie über die darüber hinaus in dieser Verordnung genannten Prüfungen und über Prüfungen nach anderen Rechtsvorschriften sind schriftliche Nachweise zu führen, die mit Datum und Namenszeichen der Prüfenden versehen sind; Sachverständige und sachverständige Stellen fertigen schriftliche Berichte. ²Die schriftlichen Nachweise und Berichte können auch auf elektronischen Datenträgern geführt werden, soweit sie mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sind, die den Anforderungen des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes entspricht. ³Die Nachweise und Berichte sind bis zur dritten folgenden Prüfung, mindestens jedoch drei Jahre auch nach Außerbetriebnahme der zu prüfenden Einrichtung aufzubewahren. ⁴Die Prüfungen nach Abs. 3 sind so zu dokumentieren, dass deren fristgerechte Durchführung festgestellt werden kann.

(6) Bei Prüfungen festgestellte Schäden oder Mängel sind den zuständigen verantwortlichen Personen unverzüglich mitzuteilen.

(7) Soweit in dieser Verordnung Prüfungen durch verantwortliche Personen vorgesehen sind, in dem Betrieb jedoch für bestimmte spezielle Prüfungen keine fachlich befähigte verantwortliche Person beschäftigt wird, kann die zuständige verantwortliche Person eine andere entsprechend befähigte Person mit den jeweiligen Prüfungen beauftragen.

§ 5

Betriebliche Unterlagen

¹In jedem Betrieb sind alle geltenden Betriebspläne, die diesbezüglichen Zulassungsbescheide, Genehmigungen, behördlichen Anordnungen und Mitteilungen, das Verzeichnis der verantwortlichen Personen, alle sonstigen für die ordnungsgemäße Führung des Betriebs erforderlichen Unterlagen den betroffenen verantwortlichen Personen und den Fachkräften für Arbeitssicherheit nachweislich zur Kenntnis zu geben und zur Verfügung zu stellen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. ²Der vorgenannte Personenkreis muss jederzeit Gelegenheit zur Einsicht in die Unterlagen haben.

§ 6

Sicherung von Einrichtungen

(1) ¹Einrichtungen, von denen bei Betriebsstörungen Gefahren für die Umgebung ausgehen können, müssen, unbeschadet anderer Rechtsvorschriften, von Gebäuden, öffentlichen Verkehrsanlagen und ähnlichen zu schützenden Einrichtungen und Gegenständen so weit entfernt errichtet werden, dass Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Personen vermieden werden. ²Übertägige Einrichtungen müssen unbeschadet anderer Rechtsvorschriften so errichtet werden, dass eine ungehinderte Bekämpfung der Gefahren möglich ist.

(2) ¹Übertägige Einrichtungen sind in geeigneter Weise so abzugrenzen, dass sie nicht unbeabsichtigt betreten werden können. ²Einrichtungen, die besondere Gefahrenbereiche beinhalten oder von denen besondere Gefährdungen ausgehen können, sind durch Zäune, Mauern oder andere geeignete Absperrmaßnahmen einzufrieden; unbewachte Zugänge sind verschlossen zu halten.

(3) Nicht ständig beaufsichtigte Tagesöffnungen müssen so abgesperrt werden, dass die Grubenbaue von Unbefugten nicht ohne Gewaltanwendung betreten werden können.

(4) Schussapparate und Eintreibgeräte sind unter Verschluss aufzubewahren.

§ 7

Sicherung der Erdoberfläche

(1) ¹Der Unternehmer muss die Erdoberfläche in Bereichen, in denen durch betriebliche Maßnahmen gefährliche Bewegungen an Halden oder Böschungen oder an der sonstigen Erdoberfläche oder in denen durch Grubenbaue oder andere untertägige Einrichtungen gefahrdrohende Tagesbrüche, Rutschungen, Erdrisse oder Senkungen entstanden oder zu erwarten sind, durch geeignete Maßnahmen gegen Gefahren für Personen oder den öffentlichen Verkehr sichern. ²Im Vorfeld betrieblicher Maßnahmen, die geeignet sind, die Sicherheit der Oberfläche im Sinn von Satz 1 zu beeinträchtigen, sind auf Grundlage der geotechnischen oder gebirgsmechanischen Beurteilung Sicherheitsabstände zu Nachbargrundstücken und schutzwürdigen Betriebseinrichtungen festzulegen und im Betrieb einzuhalten.

(2) ¹Bohrungen, die nicht mehr benötigt werden, sind so zu verfüllen, dass Einbrüche an der Erdoberfläche vermieden werden und eine spätere Nutzung des Untergrundes, insbesondere zur Gewinnung von Bodenschätzen und Wasser oder zur Untergrundspeicherung nicht beeinträchtigt wird. ²Dies gilt nicht für auflässige Bohrungen von Tagebauen innerhalb der abgesperrten Betriebsbereiche, soweit sie später vom Abbau erfasst werden und sichergestellt ist, dass spätere Abbauböschungen nicht instabil werden.

§ 8

Betreten des Betriebsgeländes

(1) ¹Das Betreten des Betriebsgeländes und der auf Grund von § 7 Abs. 1 abgesperrten Bereiche ist ohne

Zustimmung des Unternehmers verboten. ²Der Unternehmer muss dieses Verbot an den Eingängen und an den Grenzen des Betriebsgeländes sowie an den Grenzen der nach § 7 Abs. 1 abgesperrten Bereiche unter Hinweis auf diese Verordnung gut sichtbar auf Tafeln bekannt machen:

(2) ¹Der Unternehmer darf Personen, die nicht in dem jeweiligen Betrieb beschäftigt sind, die Zustimmung zum Betreten des Betriebsgeländes nur erteilen, soweit diese

1. mit den jeweils erforderlichen persönlichen Schutzausrüstungen ausgestattet und über den Umgang mit diesen Schutzausrüstungen unterwiesen sind,
2. über die betriebsspezifischen Gefährdungen und Sicherheitsbestimmungen wie Kennzeichnungen und Betretungsverbote unterwiesen sind.

²Betriebsunkundige Personen sind, wenn sie sich selbst oder Dritte gefährden können, durch eine zuverlässige Person begleiten zu lassen.

§ 9

Trinkwasser und andere Getränke, Alkohol- und Rauschmittelverbot

(1) Für die Beschäftigten müssen Trinkwasser oder andere alkoholfreie Getränke zur Verfügung gestellt werden.

(2) ¹Alkoholische Getränke und sonstige Rauschmittel dürfen während der Arbeitszeit einschließlich der Arbeitspausen weder mitgeführt noch eingenommen werden. ²Beschäftigte, die auf Medikamente angewiesen sind, die eine berauschende oder sonst beeinträchtigende Wirkung haben können, sind verpflichtet, die Betriebsärztin, den Betriebsarzt oder den betriebsärztlichen Dienst darüber zu informieren und dürfen nur nach Abstimmung mit diesen beschäftigt werden.

§ 10

Organisation der Ersten Hilfe

(1) Der Unternehmer muss dafür sorgen, dass

1. in jeder Schicht mindestens 10 v.H. der Belegschaft in der Ersten Hilfe ausgebildet sind,
2. alle verantwortlichen Personen in der Ersten Hilfe ausgebildet sind,
3. Fachkräfte und andere Beschäftigte, die bei den ihnen regelmäßig übertragenen Arbeiten bestimmten besonderen Gefährdungen ausgesetzt sein können, über die Erste Hilfe und das Verhalten bei Unfällen im Zusammenhang mit diesen Gefährdungen unterwiesen sind und diese Unterweisung mindestens einmal jährlich wiederholt wird ²,

² Z. B. elektrotechnische Fachkräfte über die Erste Hilfe bei Unfällen mit elektrischem Strom.

4. die in der Ersten Hilfe ausgebildeten Personen in der Regel in Abständen von zwei Jahren fortgebildet werden.

(2) Der Unternehmer hat mindestens in jährlichen Abständen durch die Betriebsärztin, den Betriebsarzt oder den bestellten betriebsärztlichen Dienst feststellen zu lassen, ob die für die Erste Hilfe getroffenen Maßnahmen ausreichen; das Ergebnis ist schriftlich festzuhalten.

(3) Der Unternehmer hat über die Ausbildung und die Unterweisung der in der Ersten Hilfe ausgebildeten Personen einen schriftlichen Nachweis zu führen.

Abschnitt II

Ferngesteuerte, fernüberwachte, überwachungsbedürftige und elektrische Anlagen

§ 11

Ferngesteuerte und fernüberwachte Anlagen

¹Bei der Fernsteuerung oder der Fernüberwachung von Maschinen und Anlagen ist Vorsorge dafür zu treffen, dass bei einer Störung der Datenübertragung oder bei einem Ausfall der Steuerung keine gefährlichen Situationen oder Betriebszustände entstehen können. ²Das Zusammenspiel der Sicherheitseinrichtungen ferngesteuerter oder fernüberwachter Anlagen und Anlagenteile ist regelmäßig zu prüfen, wenn diese sich gegenseitig beeinflussen können.

§ 12

Überwachungsbedürftige Anlagen

(1) ¹Überwachungsbedürftige Anlagen im Sinn dieser Verordnung sind die in der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln und deren Benutzung bei der Arbeit, über Sicherheit beim Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen und über die Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes (Betriebs-sicherheitsverordnung – BetrSichV) vom 2. Oktober 2002 (BGBl I S. 3777) in ihrer jeweils geltenden Fassung genannten Anlagen mit Ausnahme von Rohrleitungen. ²Sofern Anlagen für die Lagerung oder Abfüllung entzündlicher, leichtentzündlicher oder hochentzündlicher Flüssigkeiten verwendet werden, gelten diese auch dann als überwachungsbedürftig, wenn sie unterhalb der in § 1 Abs. 2 Nr. 4 BetrSichV genannten Mengenschwellen liegen. ³Satz 2 gilt nicht für Kleingebinde bei der Verwendung.

(2) ¹Sofern überwachungsbedürftige Anlagen nach Abs. 1 nicht in Tagesanlagen errichtet werden und damit nicht unter die Bestimmungen der Betriebs-sicherheitsverordnung fallen, sind Errichtung und Betrieb von überwachungsbedürftigen Anlagen der zuständigen Bergbehörde vorher schriftlich anzuzeigen, sofern sie nicht der Genehmigung nach Abs. 3 bedürfen. ²Der Anzeige sind die für die Beurteilung der Anlage und deren Sicherheit maßgeblichen Unterlagen beizufügen:

1. Beschreibung der Anlage unter Angabe der zur

Beurteilung der Überwachungsbedürftigkeit der Anlage relevanten technischen Daten,

2. Lageplan,

3. der Plan über die Prüfungen nach § 17 Abs. 3 Satz 3 ABergV auf Grundlage der sicherheitstechnischen Bewertung unter Beilage der diesbezüglichen gutachterlichen Stellungnahme eines anerkannten Sachverständigen oder einer sachverständigen Stelle.

(3) ¹Errichtung und Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen nach Abs. 1 und 2 bedürfen

1. über Tage, sofern es sich um Anlagen nach § 13 BetrSichV handelt, die unter Erlaubnisvorbehalt stehen, und

2. unter Tage

der Genehmigung durch die zuständige Bergbehörde. ²Die Genehmigung ist schriftlich zu beantragen. ³Dem Antrag sind die Unterlagen nach Abs. 2 beizufügen. ⁴Mit dem Antrag ist ergänzend die gutachterliche Äußerung eines anerkannten Sachverständigen oder einer sachverständigen Stelle einzureichen, aus der hervorgeht, dass Aufstellung, Bauart, und Betriebsweise der Anlage den Anforderungen dieser Verordnung entsprechen. ⁵Die zuständige Bergbehörde kann die Genehmigung versagen, wenn sicherheitlich relevante bergbauliche Anlagen durch die überwachungsbedürftige Anlage beeinträchtigt werden können oder wenn die Sicherheit, die Instandhaltung oder die Prüfung der überwachungsbedürftigen Anlagen auf Grund der Gegebenheiten des Bergbaubetriebs erheblich beeinträchtigt werden.

(4) ¹Erforderliche Prüfungen von überwachungsbedürftigen Anlagen vor Inbetriebnahme und nach Änderungen und regelmäßige Prüfungen sind entsprechend den §§ 14, 15 und 17 BetrSichV zu ermitteln und durchzuführen. ²Besondere Beanspruchungen der Anlagen, insbesondere durch klimatische Verhältnisse in untertägigen Betrieben, das Zusammentreffen mehrerer sicherheitsrelevanter Einrichtungen sowie erheblichere Auswirkungen bei Schadensfällen in untertägigen Betrieben sind bei der Festlegung der Prüffristen zu berücksichtigen.

§ 13

Jahresrevision der in Grubenbauen eingesetzten elektrischen Anlagen und Arbeitsmittel

¹Elektrische Anlagen und elektrische Arbeitsmittel einschließlich der tragbaren oder fahrbaren elektrischen Kleingeräte, die in Grubenbauen eingesetzt werden, müssen jährlich einmal durch anerkannte Sachverständige oder sachverständige Stellen geprüft werden (Jahresrevision). ²Die Jahresrevision schließt die Prüfung der Unterlagen nach § 14 und den Plan über die systematische Prüfung der elektrischen Anlagen ein. ³Der Zeitraum zwischen zwei Prüfungen darf nicht mehr als 15 Monate betragen. ⁴Wenn alle im Grubengebäude eingesetzten elektrischen Anlagen ausschließlich der Beleuchtung dienen, kann die Prüfung nach den Sätzen 1 und 2 durch eine verantwortliche Person durchgeführt werden,

soweit andere Rechtsvorschriften und andere Vorschriften dieser Verordnung dem nicht entgegenstehen.

§ 14

Besondere Aufzeichnungen

¹Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass für die elektrischen Anlagen und elektrischen Arbeitsmittel Kurzschlussberechnungen oder gleichwertige Nachweise sowie für Hoch- und Niederspannungsnetze Übersichtsschaltpläne vorhanden sind. ²Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass bei explosionsgeschützten elektrischen Arbeitsmitteln mit Fertigungsnummer Angaben über Hersteller, Bauartbezeichnung, Fertigungsnummer, Nenn- und Instandsetzungsarbeiten vorhanden sind. ³Satz 2 findet keine Anwendung auf Arbeitsmittel kleiner Bauart, an denen Instandsetzungsarbeiten üblicherweise nicht vorgenommen werden.

Abschnitt III

Explosionsgefährdete Bereiche

§ 15

Zoneneinteilung explosionsgefährdeter Bereiche über Tage

(1) Ist in Bereichen über Tage die Entstehung explosionsfähiger Atmosphäre nicht zu vermeiden, sind vom Unternehmer explosionsgefährdete Bereiche festzulegen und nach der Wahrscheinlichkeit des Auftretens explosionsfähiger Atmosphäre wie folgt zu unterteilen:

– Zone 0

Bereich, in dem explosionsfähige Atmosphäre als Gemisch aus Luft und brennbaren Gasen, Dämpfen oder Nebeln ständig, über lange Zeiträume oder häufig vorhanden ist,

– Zone 1

Bereich, in dem sich bei Normalbetrieb gelegentlich eine explosionsfähige Atmosphäre als Gemisch aus Luft und brennbaren Gasen, Dämpfen oder Nebeln bilden kann,

– Zone 2

Bereich, in dem bei Normalbetrieb eine explosionsfähige Atmosphäre als Gemisch aus Luft und brennbaren Gasen, Dämpfen oder Nebeln normalerweise nicht oder aber nur kurzzeitig auftritt,

– Zone 20

Bereich, in dem eine explosionsfähige Atmosphäre in Form einer Wolke aus in der Luft enthaltenem brennbaren Staub ständig, über lange Zeiträume oder häufig vorhanden ist,

– Zone 21

Bereich, in dem sich bei Normalbetrieb gelegent-

lich eine explosionsfähige Atmosphäre in Form einer Wolke aus in der Luft enthaltenem brennbaren Staub bilden kann,

– Zone 22

Bereich, in dem sich bei Normalbetrieb eine explosionsfähige Atmosphäre in Form einer Wolke aus in der Luft enthaltenem brennbaren Staub normalerweise nicht oder aber nur kurzzeitig auftritt.

(2) ¹Einrichtungen, von denen die Entstehung explosionsfähiger Atmosphäre ausgehen kann, sind so zu errichten, dass der gesamte explosionsgefährdete Bereich innerhalb des Werksgeländes liegt. ²Werden Einrichtungen dieser Art in allseitig umschlossenen Räumen errichtet, gilt jeweils der gesamte Aufstellungsraum als explosionsgefährdeter Bereich.

(3) ¹Explosionsgefährdete Bereiche in Gebäuden müssen ausreichend belüftet werden. ²Sie müssen so beschaffen sein, dass explosionsfähige Atmosphäre nicht in benachbarte Räume eindringen kann. ³Zugeführte Frischluft darf nicht aus anderen explosionsgefährdeten Bereichen entnommen sein. ⁴Die Ausblasöffnungen von Ventilen und anderen Sicherheitseinrichtungen müssen ins Freie führen.

(4) Einrichtungen, von denen die Entstehung explosionsfähiger Atmosphäre ausgehen kann und die einen explosionsgefährdeten Bereich der Zone 0 erfordern, dürfen in allseitig umschlossenen Räumen nicht errichtet und betrieben werden.

§ 16

Kriterien für die Auswahl von Arbeitsmitteln und Schutzsystemen in explosionsgefährdeten Bereichen

Sofern im Explosionsschutzplan nach Anhang 1 Nr. 1.2.2 ABergV in Verbindung mit §§ 1, 11 und 12 ABergV nichts anderes vorgesehen ist, sind in explosionsgefährdeten Bereichen Geräte und Schutzsysteme entsprechend den Gerätegruppen und -kategorien gemäß der Richtlinie 94/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. März 1994 zur Angleichung von Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl EG Nr. L 100 S. 1) auszuwählen.

§ 17

Überwachung der Anlagen und Arbeitsmittel in explosionsgefährdeten Bereichen

(1) Explosionsgefährdete Bereiche sind mindestens in den Zonen 0 und 1 darauf zu überwachen, dass an den dort vorhandenen Anlagen und Arbeitsmitteln ein zuverlässiger Potentialausgleich gewährleistet ist und elektrostatische Aufladungen, die zündfähige Entladungen zur Folge haben können, nicht auftreten.

(2) ¹In Betrieben, in denen explosionsfähige Atmosphäre auftreten kann, müssen in ausreichender Zahl geeignete zulässige Handmessgeräte zur Verfü-

gung stehen, mit denen im Bedarfsfall festgestellt werden kann, ob explosionsfähige Atmosphäre vorhanden ist. ²Für die Durchführung von Messungen muss eine ausreichende Zahl von Beschäftigten unterwiesen werden. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend auch dann, wenn gemäß Anhang 1 Nr. 1.1.2 ABergV Überwachungseinrichtungen zur automatischen und kontinuierlichen Messung der Gaskonzentration eingesetzt werden.

§ 18

Auftreten explosionsfähiger Atmosphäre
außerhalb der festgelegten
explosionsgefährdeten Bereiche

¹Bei Betriebsstörungen, bei denen explosionsfähige Atmosphäre außerhalb der festgelegten explosionsgefährdeten Bereiche entstehen kann, sind im gefährdeten Bereich alle Anlagen und Arbeitsmittel, von denen Zündgefahren ausgehen können, unverzüglich außer Betrieb zu nehmen oder zu entfernen. ²Das Rauchen und jeglicher Umgang mit offenem Feuer sind sofort einzustellen.

Zweiter Teil

Zusätzliche Vorschriften für bestimmte Betriebe

Abschnitt I

Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen
über Bohrungen
– Erdöl, Erdgas, Erdwärme,
Untergrundspeicherung von Erdgas –
Bohrungen nach § 127 BBergG

§ 19

Allgemeine Vorschriften, Anforderungen an Personen

(1) ¹Bei der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen mit Bohrungen und bei der Untergrundspeicherung sowie bei Bohrungen nach § 127 BBergG sind die in den **Anlagen 1 und 2** genannten Mindestanforderungen an die Erstellung, die Ausstattung und den Betrieb einzuhalten. ²Abweichungen von den Anforderungen der Anlagen 1 und 2 sind zulässig, wenn die Schutzziele der Bestimmungen auf andere Weise entsprechend dem Stand der Technik mindestens gleichwertig gewährleistet werden. ³Abweichungen von den Anlagen 1 und 2 im Sinn von Satz 2 sind der zuständigen Bergbehörde rechtzeitig vorher anzuzeigen; die zuständige Bergbehörde kann verlangen, dass die Gleichwertigkeit der getroffenen Maßnahmen auf geeignete Weise nachgewiesen wird.

(2) ¹Mit der Beaufsichtigung von Bohrungen, die mit Absperrreinrichtungen ausgerüstet werden müssen, dürfen nur Personen beauftragt werden, die in der Verhütung und Bekämpfung von Ausbrüchen (Bohrlochkontrolle) an einer dafür anerkannten Ausbildungsstätte ausgebildet und nach Satz 2 geschult sind und jeweils erfolgreich die damit verbundene Prüfung abgelegt haben. ²Die Schulung dieser Personen ist in Abständen von höchstens zwei Jahren

zu wiederholen. ³Die gültigen Zertifikate über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrgängen sind der zuständigen Bergbehörde auf Verlangen vorzulegen. ⁴Die sonstigen an diesen Bohrungen beschäftigten Personen sind über das Verhalten bei Ausbrüchen zu unterweisen.

(3) Vor der Einleitung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen in Förderbohrungen sind die mit dem Einsatz dieser Stoffe verbundenen Gefährdungen zu beurteilen und die gegebenenfalls erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen.

§ 20

Lagerstättenschutz und Grundwasserschutz bei Bohrungen

(1) ¹Wenn Gründe der Sicherheit oder des Lagerstättenschutzes es erfordern, sind angebohrte nutzbare Lagerstätten sowie deren Hangendes und Liegendes zu erkunden. ²Dies gilt für Solquellen entsprechend. ³Bei Erdöl- oder Erdgasbohrungen sind darüber hinaus die Beschaffenheit und Nutzbarkeit der angebohrten Erdöl- und Erdgasträger durch Messungen, Förderversuche oder andere geeignete Maßnahmen festzustellen. ⁴Die Ergebnisse der Erkundungen und Feststellungen sind der zuständigen Bergbehörde mitzuteilen. ⁵Das Anbohren von Lagerstätten, Solquellen und außergewöhnliche Wasserzuflüsse sind der zuständigen Bergbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(2) ¹Es ist sicherzustellen, dass in Bohrungen keine Materialien oder Stoffkombinationen zum Einsatz kommen, durch die Lagerstätten beeinträchtigt werden können. ²Eingesetzte Spülungen müssen im Bereich von Lagerstätten trägerschonend sein.

(3) ¹Bohrungen sind bei der Errichtung und solange sie genutzt oder offen gehalten werden auf das Auftreten von Gas zu überwachen. ²Wenn Gas angetroffen wird, ist festzustellen ob es sich um Lagerstättengas oder Speichergas handelt. ³Satz 2 gilt nicht für Bohrungen in geologischen Formationen, in denen Wechselwirkungen zu Lagerstätten- oder Speicherhorizonten nachweislich ausgeschlossen sind.

(4) ¹Speicher- und Förderhorizonte sind gegenüber den angrenzenden Schichten dauerhaft abzudichten. ²Die Dichtheit der Abdichtung ist durch geeignete Kontrollmessungen nachzuweisen. ³Die Messungen sind der zuständigen Bergbehörde mitzuteilen. ⁴Vor endgültiger Verfüllung einer Bohrung ist die Wirksamkeit der Abdichtungen nach Satz 1 nachzuweisen.

(5) ¹Es ist sicherzustellen, dass kein Bakterieneintrag erfolgt, der zur Beeinträchtigung von Förder- und Speicherbetrieben führt. ²Soweit erforderlich, sind eingespeiste Wässer bakteriologisch zu untersuchen und zu behandeln.

§ 21

Überwachung des Förderbetriebs aus Erdöl- und Erdgaslagerstätten und bei der Untergrundspeicherung von Erdgas

(1) ¹Der Unternehmer hat für eine planmäßige

Überwachung des Förder- oder Speicherbetriebs zu sorgen. ²Dabei ist sicherzustellen, dass Gefahrenzustände rechtzeitig erkannt und beseitigt werden können.

(2) ¹An Förderbohrungen sind die für die Beurteilung der Lagerstätten, der Untergrundspeicher und der sonstigen Untergrundverhältnisse wesentlichen Betriebsdaten nach einem vom Unternehmer aufzustellenden Plan zu überwachen. ²Die Betriebsdrücke, die Förder- und Entnahmemengen und die Zusammensetzung der geförderten und eingeleiteten Stoffe sind in regelmäßigen Zeitabständen zu ermitteln. ³Soweit Gründe der Betriebssicherheit, des Lagerstättenschutzes oder des Umweltschutzes es erfordern, sind weitere Daten regelmäßig zu erfassen. ⁴Über die ermittelten Daten sind Aufzeichnungen zu führen und der zuständigen Bergbehörde auf Verlangen vorzulegen. ⁵Bei der Überwachung festgestellte Unregelmäßigkeiten, die auf eine Beeinträchtigung der Betriebssicherheit, der Lagerstätten oder der Umwelt hinweisen, sind der zuständigen Bergbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(3) Über Betriebsstörungen, die sicherheitlich erhebliche Eingriffe oder sonstige für die Sicherheit wesentliche Maßnahmen erforderlich gemacht haben, sind Aufzeichnungen zu führen, die mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren und der zuständigen Bergbehörde auf Verlangen vorzuzeigen sind.

(4) Für Förder- oder Speicherbetriebe ist zur Entgegennahme von Meldungen eine ständig besetzte Stelle einzurichten, von der aus im Gefahrenfall die erforderlichen Maßnahmen sofort eingeleitet werden können.

(5) ¹Die für die ständige Überwachung der Sicherheit zu erfassenden Betriebsdaten sind durch Fernüberwachungseinrichtungen an die ständig besetzte Stelle zu übermitteln. ²Die übermittelten Daten müssen ständig ablesbar oder abrufbar sein und mögliche Gefahrenzustände jederzeit erkennen lassen.

(6) ¹Bei Gefahr müssen von der ständig besetzten Stelle aus alle Steuerungen vorgenommen werden können, die erforderlich sind, um die betroffenen Einrichtungen in einen sicheren Betriebszustand zu fahren. ²Zusätzlich müssen die Überwachungseinrichtungen auf einen Sicherheitsstromkreis wirken, durch den bei Gefahr automatisch der sichere Betriebszustand hergestellt wird. ³§ 11 gilt entsprechend.

Abschnitt II

Untertägige Betriebe

Unterabschnitt 1

Grubenbaue

§ 22

Sicherheitsfesten

¹Für jeden untertägigen Betrieb sind hinreichende Sicherheitsfesten um bestehende Grubenbaue, um

Schächte und zur Lagerstättengrenze entsprechend dem Stand der Erkundung und der gebirgsmechanischen Beurteilung der Lagerstätte und der benachbarten Bereiche festzulegen und anzupassen. ²Grubenbaue dürfen nur in angemessen vorerkundeten Bereichen erstellt werden.

§ 23

Errichtung, Erhaltung und Auflassung von Grubenbauen

(1) Grubenbaue müssen derart errichtet und erhalten werden, dass sie auch mit angelegtem Atemschutzgerät sicher befahren werden können.

(2) ¹Tagesschächte, die aufgelassen werden sollen, sind dauerstandsicher zu verfüllen. ²Satz 1 gilt auch für andere Grubenbaue, soweit dies zur Sicherung der Oberfläche oder des Grubengebäudes gegen die insbesondere mit gefährlichen Wasser- und Schlammleinbrüchen verbundenen Gefahren erforderlich ist.

(3) ¹Grubenbaue dürfen nicht aufgelassen werden, solange sie für die Unterhaltung des Grubengebäudes erforderlich sind. ²Insbesondere müssen Grubenbaue oder Hohlräume, die sich in gefährlicher Weise verändern können, so dass dadurch Tagbrüche entstehen können oder in erheblichen Mengen Wasser oder Schlamm unkontrolliert in das Grubengebäude gelangen kann, solange zugänglich bleiben, bis sie gesichert sind und wie dies zur Überprüfung der Sicherheit erforderlich ist.

(4) In Grubenbauen mit maschineller Förderung oder mit gleitendem Haufwerk sind geeignete Fahrwege anzulegen, wenn dies zu einer gefahrlosen Fahrt erforderlich ist.

(5) ¹Förder- und Fahrrollen, Bohrlöcher, Schurren sowie alle anderen geneigten Grubenbaue müssen soweit erforderlich an den oberen Öffnungen und an den Zugängen gegen Absturz von Personen und gegen das Hineinfallen von losen Gegenständen gesichert werden. ²Sie müssen an den unteren Öffnungen, Austragsenden und Zugängen derart gesichert werden, dass Personen durch herabfallendes Haufwerk oder andere herabfallende Gegenstände nicht gefährdet werden können. ³Bei Arbeiten in den genannten Grubenbauen sind entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

(6) ¹Befahrbare Grubenbaue mit mehr als 75 gon Neigung müssen in Abständen von höchstens 7 m mit Ruhebühnen ausgestattet werden; die Fahrten müssen die Durchstiege der Ruhebühnen überdecken. ²Bei einer Steighöhe von mehr als 7 m müssen die Fahrten so eingebaut werden, dass sie höchstens eine Neigung von 90 gon aufweisen. ³Ausnahmen kann die zuständige Bergbehörde bewilligen.

(7) Bohrlöcher mit einem Durchmesser von mehr als 1 m und Schächte müssen mit einer Befahrungseinrichtung ausgestattet werden, wenn sie als Fluchtweg benötigt werden.

(8) Sind in Schächten mit mehr als 40 m Teufe Förder- oder Abteufanlagen vorhanden, so müssen diese für die Seilfahrt eingerichtet werden.

(9) ¹Arbeiten an oder in Förder- oder Fahrrollen,

Bohrlöchern oder Schurren dürfen nur unter besonderen Sicherungsmaßnahmen in Anwesenheit einer unterwiesenen Person erfolgen, die sich außerhalb des Gefahrenbereichs aufhält, um rechtzeitig warnen und Hilfe herbeiholen zu können. ²In Förderrollen darf vom Austrag her nur dann eingestiegen werden, wenn sie zuvor leer gefördert worden sind und dies überprüft worden ist.

§ 24

Sperrung von Grubenbauen, aufgelassene Grubenbaue

Für betriebliche Zwecke dauernd oder vorübergehend nicht benötigte oder aus sicherheitlichen Gründen nicht befahrbare Grubenbaue müssen an ihren Zugängen zur Vermeidung des unbeabsichtigten Betretens kenntlich gemacht werden.

§ 25

Schutz vor Wassereinbrüchen und Gasausbrüchen

(1) Tagesöffnungen sind gegen Überflutungen zu sichern.

(2) ¹Die Aufführung von Grubenbauen, bei der mit Gefahren durch Wassereinbrüche oder Gasausbrüche zu rechnen ist, muss der zuständigen Bergbehörde vorher angezeigt werden. ²Andere Grubenbaue, deren Belegschaft im Fall eines Wassereinbruchs oder eines Gasausbruchs bei Maßnahmen nach Satz 1 gefährdet werden kann, dürfen nicht belegt werden.

§ 26

Auswechseln und Rauben des Ausbaus

¹Ausbau darf nicht von einem Beschäftigten allein ausgewechselt oder geraubt werden. ²Andere als die mit den Raubarbeiten beauftragten Personen dürfen sich im Arbeitsbereich nicht aufhalten.

Unterabschnitt 2

Fahrung und Förderung

§ 27

Signale im Fahr- und Förderbetrieb

(1) Für den Fahr- und Förderbetrieb gelten, soweit nicht Fertigsignalanlagen verwendet werden, folgende Ausführungssignale:

1. Hörbare Signale:

- „Halt“ = 1 Schlag oder 1 Ton
 „Auf“ oder „Vorwärts“ = 2 Schläge oder 2 Töne
 „Ab“ oder „Rückwärts“ = 3 Schläge oder 3 Töne,

2. Signale mit feststehender Leuchte:

- „Halt“ = 1 mal ausschalten
 „Auf“ oder „Vorwärts“ = 2 mal kurz ausschalten
 „Ab“ oder „Rückwärts“ = 3 mal kurz ausschalten.

(2) Sonstige Ausführungssignale sowie Ankündigungs- und Meldesignale sind vom Unternehmer für den Förderbetrieb einheitlich festzulegen.

(3) ¹Zur Signalgebung dürfen nur die in Abs. 1 genannten und nach Abs. 2 festgelegten Signale verwendet werden. ²Die Signalgebung kann entfallen, wenn eine einwandfreie mündliche Verständigung erfolgt.

Unterabschnitt 3

Bewetterung

§ 28

Wettersversorgung

(1) Der Unternehmer hat durch Bewetterung dafür zu sorgen, dass in allen Grubenbauen die Wetter weniger als 1 v. H. Grubengas enthalten.

(2) ¹In allen belegten Grubenbauen müssen jeder dort befindlichen Person mindestens 2 m³/min Frischwetter zur Verfügung stehen. ²Die Wettergeschwindigkeit darf in belegten oder der regelmäßigen Fahrung dienenden Grubenbauen 6 m/s nicht überschreiten.

(3) Der Unternehmer muss für die gesamte Bewetterung eine verantwortliche Person bestellen.

§ 29

Wetterführung

(1) Die Wetterströme sind durch geeignete Maßnahmen zu unterteilen, um die Ausdehnung gefährlicher Auswirkungen wettertechnischer Störungen auf andere Betriebsbereiche zu vermeiden.

(2) Die Führung von Wettern in einem Grubenbau in verschiedenen Richtungen mit Hilfe von Wetterscheidern ist verboten.

(3) Müssen der Wetterführung dienende Türen häufig geöffnet oder offen gehalten werden und wird dadurch die Bewetterung wesentlich gestört, sind Wetterschleusen einzurichten.

(4) ¹Der Wetterführung dienende Türen und andere Abschlüsse müssen so eingebaut werden, dass sie selbsttätig schließen. ²Geöffnete Wettertüren dürfen nicht dauerhaft festgelegt werden.

§ 30

Überwachung der Bewetterung

(1) Zur Überwachung der Bewetterung untertägiger Arbeitsstätten müssen an geeigneten Stellen mit Wettertafeln ausgerüstete Wettermessstellen eingerichtet werden.

(2) An den Wettermessstellen ist die Wettermenge mindestens in halbjährlichen Abständen sowie nach Änderungen der Wetterrichtung und anderen wesent-

lichen Änderungen der Wetterführung durch Messungen festzustellen.

(3) ¹Nicht im Hauptwetterstrom liegende und nicht sonderbewetterte Grubenbaue sowie gestundete oder für betriebliche Zwecke nicht mehr benötigte Grubenbaue dürfen nur betreten werden, wenn durch Messungen festgestellt ist, dass keine schädlichen Gase vorhanden sind. ²In Salzbergwerken müssen Grubenbaue nach Satz 1, soweit sie nicht abgedämmt sind, systematisch auf das Vorhandensein schädlicher Gase durch Messungen überwacht werden; der Unternehmer muss Art und Zeitpunkt der Messungen festlegen.

(4) ¹Das Ergebnis der Messungen nach Abs. 2 und 3 ist auf den Wettertafeln mit Angabe des Datums zu vermerken. ²Die Ergebnisse der Messungen sind in geeigneter Weise aufzuzeichnen (Wetterkontrollbuch) und auszuwerten.

§ 31

Meldepflicht beim Auftreten von Grubengas

Wer Anzeichen des Auftretens von 1 v.H. oder mehr Grubengas oder von schädlichen Gasen, Dämpfen, Nebeln oder Stäuben in gesundheitsgefährdenden Konzentrationen in den Wettern feststellt, hat dies der verantwortlichen Person sofort mitzuteilen; das Auftreten von Grubengas in einer Konzentration von 1 v.H. oder mehr ist außerdem der zuständigen Bergbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Unterabschnitt 4

Sonstiges

§ 32

Offenes tragbares Geleucht

¹Wer mit tragbarem offenem Geleucht ausgerüstet ist, muss hierfür Anzündmittel mit sich führen. ²Das Entleeren von Karbidbehältern von Acetylenlampen ist unter Tage verboten und über Tage nur an den vom Unternehmer hierfür bestimmten geeigneten Stellen gestattet.

Dritter Teil

Besondere Einrichtungen

Abschnitt I

Bohranlagen und sonstige Anlagen zur Aufwältigung und Behandlung von Bohrungen

§ 33

Anwendungsbereich

Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für den Betrieb maschineller Bohranlagen und für sonstige Anlagen zur Aufwältigung und Behandlung von Bohrungen.

§ 34

Anforderungen an den Betrieb von Bohranlagen und von sonstigen Anlagen

(1) Es dürfen nur Anlagen nach § 33 verwendet werden, deren Festigkeit und Standsicherheit für die bei dem jeweiligen Vorhaben auftretenden Belastungen nachgewiesen sind.

(2) Beim Erstellen, Aufwältigen oder Behandeln von Bohrungen, an denen Ausbrüche nicht ausgeschlossen werden können, ist der Nachweis zu erbringen, dass die eingesetzten Anlagen nach § 33 für den Einsatz der zur Beherrschung von Ausbrüchen erforderlichen Einrichtungen geeignet sind.

(3) Beim Erstellen und Behandeln von Bohrungen, an denen Ausbrüche nicht ausgeschlossen werden können, muss der Unternehmer sicherstellen, dass Personen die Gefahrenbereiche mit geeigneten Fluchteinrichtungen schnell und sicher verlassen können.

§ 35

Fahrsicherungen und Anzeigevorrichtungen

(1) ¹Die Hebewerke müssen mit einer Anzeigevorrichtung für die Zuglast (Hakenlast) versehen werden. ²Bei Anlagen nach § 33, die zur Erschließung von Erdgas-, Erdöl- und Erdwärmelagerstätten eingesetzt werden, muss diese Anzeigevorrichtung bei einer Zuglast über 600 kN schreibend sein. ³Die Messdaten der Zuglast können auch elektronisch aufzeichnet, gespeichert und grafisch dargestellt werden.

(2) ¹Übertreibricherungen von Hebewerken dürfen nur aus zwingenden Gründen und nur vorübergehend auf ausdrückliche Weisung der zuständigen verantwortlichen Person überbrückt werden. ²Die Überbrückung muss für den Hebewerkfahrer deutlich erkennbar sein.

§ 36

Seilsicherheiten, Nachnehmen und Kürzen von Hebewerkseilen

(1) Die beim Betrieb von Gerüsten verwendeten Seile müssen gegenüber den zulässigen Belastungen, bezogen auf die Mindestbruchkraft der Seile, mindestens folgende Sicherheiten haben:

1. Hebewerkseile
 - a) bei Hakenregellast 3,0 fach
 - b) bei Hakenausnahmelast 2,0 fach
2. Nackenseile 2,5 fach
3. Abspannseile 2,5 fach
4. Errichteseile 2,0 fach.

(2) Bei Gerüsten mit einer Hakenregellast von mehr als 1000 kN ist das Hebewerkseil nach einem

vom Unternehmer für jedes Gerüst nach den Betriebserfahrungen und der jeweiligen Beanspruchung festzulegenden Plan regelmäßig nachzunehmen und zu kürzen.

§ 37

Bedienung des Hebewerks

(1) ¹Der Hebewerkfahrer darf das Hebewerk nur in außergewöhnlichen Fällen und nur auf ausdrückliche Weisung der zuständigen verantwortlichen Person mit einer höheren als der Hakenregellast belasten. ²Dabei darf die Hakenausnahmelast nicht überschritten werden.

(2) ¹Arbeiten, bei denen die Hakenregellast überschritten werden soll, dürfen nur durchgeführt werden, wenn das Seil keine die Tragfähigkeit beeinträchtigenden Mängel aufweist. ²Die zuständige verantwortliche Person hat dafür zu sorgen, dass alle für die Arbeiten entbehrlichen Personen für die Dauer der Arbeiten die Arbeitsbühne verlassen.

(3) Das Hebewerk darf zur Beförderung von Personen nicht benutzt werden.

§ 38

Aufbau, Abbau und Umsetzen von Bohranlagen

(1) ¹Anlagen nach § 33 dürfen nur auf geeignetem Untergrund und, soweit nach der statischen Berechnung eine Gründung erforderlich ist, nur auf geeigneten Fundamenten oder sonstigen Gründungen errichtet werden. ²Die nach den anerkannten Regeln der Bautechnik für die Fundamente oder sonstigen Gründungen erforderlichen Berechnungen sind bei Anlagen mit einer Hakenausnahmelast von 1000 kN oder mehr von einem Sachverständigen zu prüfen.

(2) Anlagen nach § 33 mit einer zulässigen Belastung des Zug- oder Schubsystems von mehr als 100 kN dürfen nur errichtet und in Betrieb genommen werden, wenn die Prüfungen nach § 39 durchgeführt wurden.

(3) Es ist Vorsorge zu treffen, dass die Gründung der Anlage nicht hinterspült oder unterspült werden kann.

(4) Aufbau, Abbau und Umsetzen von Anlagen nach § 33 müssen durch eine verantwortliche Person ständig überwacht werden.

§ 39

Mindestanforderungen an regelmäßige Prüfungen

¹Anlagen nach § 33 mit einer zulässigen Belastung des Zug- oder Schubsystems von mehr als 100 kN, insbesondere Tragwerke und maschinelle Ausrüstungen dieser Anlagen, sind unbeschadet der Vorschriften des § 4 und anderer Rechtsvorschriften nach jeder wesentlichen Änderung oder Instandsetzung, mindestens aber alle vier Jahre von einem Sachverständigen oder einer sachverständigen Stelle zu prüfen. ²Tragwerke und maschinelle Ausrüstungen der Anla-

gen sind an jedem Aufstellungsort vor Inbetriebnahme und zusätzlich halbjährlich von einer verantwortlichen Person auf ihren betriebssicheren Zustand zu prüfen.

§ 40

Betriebsbuch für Bohranlagen und sonstige Anlagen zur Aufwältigung und Behandlung von Bohrungen

(1) Für jede ortsveränderliche Anlage nach § 33 ist ein Betriebsbuch anzulegen, das mindestens folgende Unterlagen und Nachweise enthalten muss:

1. Erklärungen des Herstellers mit den zugehörigen Unterlagen, Genehmigungen, Zulassungen und Gutachten,
2. Nachweise über die Eignung der am Gerüst verwendeten Abseilvorrichtung,
3. Verzeichnis der zur Bohranlage gehörigen Ausrüstung,
4. Herstellerbescheinigungen über die am Gerüst verwendeten Seile,
5. Berichte über die Ergebnisse der Prüfungen,
6. Angaben über die Beseitigung von Mängeln, die bei Prüfungen festgestellt wurden,
7. Bescheinigungen über an der Bohranlage vorgenommenen Schweißarbeiten und Instandsetzungsarbeiten an tragenden Teilen,
8. schriftliche Anweisungen für die Montage und
9. Angaben über Zeit und Ort eines jeden Einsatzes.

(2) Das Betriebsbuch nach Abs. 1 ist am jeweiligen Aufstellungsort der Bohranlage oder an einer anderen den verantwortlichen Personen zugänglichen Stelle in der Nähe des Aufstellungsortes aufzubewahren.

Abschnitt II

Schacht- und Schrägförderanlagen

§ 41

Anwendungsbereich

Dieser Abschnitt gilt für:

1. Schachtförderanlagen
 - a) Seilfahranlagen
 - b) Güterförderanlagen
 - c) Abteufanlagen
2. Befahrungsanlagen
3. Hilfsfahranlagen, Fahrtrume sowie Notfahranlagen beim Abteufen

4. Bühnen und Greiferanlagen
5. Winden

in Schächten und schachtähnlichen Grubenbauen sowie in Schrägstrecken (Haspelbergen), in denen vorbezeichnete Anlagen eingebaut werden.

§ 42

Genehmigung von Schacht- und Schrägförderanlagen

(1) Die Errichtung, der Betrieb und die Vornahme von Änderungen von Anlagen im Sinn des § 41 bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Bergbehörde.

(2) Als Änderung gilt nicht das Auswechseln von Anlagenteilen und Betriebsmitteln gegen solche gleicher Bauart.

(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn

1. die Anlage nach den allgemein anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik so beschaffen ist, dass sie den im Bergwerksbetrieb auftretenden Beanspruchungen gewachsen ist und dass Leben und Gesundheit von Personen bei bestimmungsgemäßer Verwendung und Überwachung der Anlage nicht gefährdet werden,
2. die Prüfbescheinigungen nach § 43 vorliegen, und
3. der Nachweis der Voraussetzungen nach Nr. 1 durch Unterlagen erfolgt ist, die durch einen Sachverständigen vorgeprüft sind.

(4) Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die sicherstellen sollen, dass die Voraussetzungen nach Abs. 3 erfüllt werden.

§ 43

Besondere Einrichtungen

Folgende, für Anlagen im Sinn des § 41 erforderliche Einrichtungen, Betriebsmittel und Anlagenteile dürfen nur verwendet werden, wenn deren Eignung für den Einsatzzweck von einer sachverständigen Stelle geprüft und eine Prüfbescheinigung unter Angabe der Prüfergebnisse und Einsatzbeschränkungen ausgestellt wurde:

1. Fahrtregler,
2. Bremsapparate (Bremskrafterzeuger mit zugehörigen Betätigungs- und Steuereinrichtungen), ausgenommen Bremsapparate mit gewichts- oder federbetätigten, nicht regelbaren Fahrbremsen und getrennt angeordneten Sicherheitsbremsen,
3. Klemmkauschen, Karabinerhaken und Wirbel als Teile von Zwischengeschirren,
4. Geschwindigkeits-Überwachungseinrichtungen, ausgenommen solche Systeme an ausschließlich von Hand bedienten Anlagen, die

a) von der Erfassung bis zur Auslösung diversitär und unabhängig voneinander ausgeführt sind und

b) ohne programmierbare elektronische Systeme ausgeführt sind und

c) deren ordnungsgemäße Wirkung beider Auslösewege unabhängig voneinander prüfbar ist,

5. Bremsbeläge,

6. Treibscheibenfutter,

7. Seilscheibenfutter.

§ 44

Inbetriebnahme von Anlagen und Aufnahme der Seilfahrt

(1) Neu errichtete Anlagen nach § 41 dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn eine Abnahmeprüfung durch Sachverständige nach § 46 durchgeführt worden ist und die Sachverständigen bescheinigt haben, dass die Anlagen entsprechend der Genehmigung nach § 42 errichtet worden sind und gegen den Betrieb sicherheitlich keine Bedenken bestehen.

(2) ¹Abs. 1 gilt auch für geänderte Anlagen oder Anlagenteile. ²Die Prüfungen müssen sich dabei auf die geänderten und die damit im Zusammenhang stehenden Anlagenteile erstrecken.

(3) Abweichend von den Abs. 1 und 2 dürfen Anlagen vor der Abnahmeprüfung nach § 46 probeweise betrieben werden, wenn eine verantwortliche Person an der Anlage anwesend ist und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind.

(4) Hat die Abnahmeprüfung zu Beanstandungen geführt, die ohne Einfluss auf die Sicherheit des Betriebs sind, ist eine vorläufige Inbetriebnahme bis zum Ablauf einer vom Sachverständigen festzusetzenden Frist zur Beseitigung der Beanstandungen zulässig.

(5) ¹Abweichend von Abs. 1 dürfen Abteufanlagen und vergleichbare Anlagen zum Sanieren von Schächten in Betrieb genommen werden, wenn die für die jeweilige Teufe erforderlichen Anlagenteile von Sachverständigen geprüft worden sind und diese bescheinigt haben, dass die Anlagenteile entsprechend der Genehmigung errichtet sind und gegen den Betrieb sicherheitlich keine Bedenken bestehen. ²Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.

(6) Nicht ortsfeste Befahrungs- und Hilfsfahranlagen (z. B. Autoschachtwinden) dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn die Anlage auf dem vorher bestimmten Standort aufgestellt ist und die für den Einsatzfall festgelegten Prüfungen durchgeführt worden sind.

(7) Ortsfeste Befahrungs- und Hilfsfahranlagen, die für den jeweiligen Einsatzfall zusammengebaut werden müssen, dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn die für den Einsatzfall festgelegten Prüfungen durchgeführt worden sind.

§ 45

Einstellung und Wiederaufnahme der Seilfahrt

Wird die Seilfahrt für einen Zeitraum von mehr als einem Monat eingestellt (gestundet), ohne dass die erforderlichen Prüfungen weiterhin durchgeführt werden, ist die erneute Prüfung durch Sachverständige nach § 46 erforderlich.

§ 46

Abnahmeprüfung durch Sachverständige

(1) Die in § 44 Abs. 1 vorgeschriebene Abnahmeprüfung durch Sachverständige muss sich mindestens erstrecken auf

1. Förder- und Abteufgerüste, Fundamente und Verlagerungen von Fördermaschinen und Förderhäspeln, Verlagerungen von Führungs- und Reibseilen sowie Verlagerungen von Seil- und Ablenkscheiben unter Tage,
2. zur Seilfahrt oder Förderung dienende Einbauten und Vorrichtungen in Schächten und an ihren Zugängen,
3. den mechanischen Teil von Fördermaschinen, Förderhäspeln und Winden mit zugehörigen Sicherheitseinrichtungen,
4. den elektrischen Teil von Fördermaschinen, Förderhäspeln und Winden mit zugehörigen Sicherheitseinrichtungen,
5. alle übrigen elektrischen Anlagen einschließlich der Schachtüberwachungs- und Signalanlagen und der Einrichtungen für automatischen Betrieb,
6. Seile, Seileinbände, Zwischengeschirre, Unterseilaufhängungen und Bühnenaufhängungen,
7. Fördermittel, Gegengewichte, Bühnenanlagen.

(2) Der bauliche Zustand von Abteufgerüsten ist nach jedem Standortwechsel vor der Inbetriebnahme durch einen Sachverständigen zu prüfen; dazu gehört auch die Prüfung einzelner Teile vor dem Zusammenbau des Gerüsts.

§ 47

Bescheinigung über Werkstoffprüfungen

(1) Seile dürfen nur aufgelegt, Unterseile nur angehängt, Zwischengeschirre, Unterseilaufhängungen und Teile davon – ausgenommen Seilklemmen, nicht selbstklemmende Kauschen, Schrauben und Niete – dürfen nur eingebaut werden, wenn Bescheinigungen über Werkstoffprüfungen vorliegen.

(2) Fördermittel und Gegengewichte dürfen nur eingebaut werden, wenn für die tragenden Teile Bescheinigungen über Werkstoffprüfungen vorliegen.

(3) Seilscheibenachsen dürfen nur eingebaut werden, wenn eine Bescheinigung über Werkstoffprüfungen vorliegt.

(4) Durch den Sachverständigen ist festzulegen, ob zeitnah nach dem Einbau der Seilscheibenachsen eine Referenzmessung für spätere Volumenprüfungen durch Sachverständige vorgenommen werden muss.

§ 48

Auflegen und Einhängen von Seilen und Erneuern von Seileinbänden

(1) ¹Von jeder angelieferten Förderseil- oder Bühnenseillänge muss beim Auflegen ein etwa 3 m langes Belegstück abgetrennt und genau bezeichnet werden. ²Dieses Seilstück ist, vor Korrosion und mechanischer Beschädigung geschützt, einen Monat länger aufzubewahren, als von der Seillänge ein Förderseil oder Bühnenseil aufliegt.

(2) An Förderseilen oder Bühnenseilen, bei denen die Bescheinigung über die Einzeldrahtprüfung älter als drei Jahre ist, muss vor dem Auflegen an einem Probestück des Seils eine erneute Einzeldrahtprüfung zur Ermittlung der Seilsicherheit durchgeführt werden.

(3) Der Unternehmer hat das Verfahren zum Auflegen, Einhängen und Ablegen von Seilen für jede Anlage in einer schriftlichen Anweisung festzulegen und diese der in Abs. 10 genannten verantwortlichen Person auszuhändigen.

(4) ¹Förderseile müssen nach dem Auflegen vor Beginn des Betriebs probeweise gefahren werden. ²Dies kann mit allmählich steigender und muss schließlich mit der betriebsüblichen Belastung erfolgen. ³Die Sätze 1 und 2 finden auch nach dem Erneuern von Seileinbänden mit Kauschen und Seilklemmen und nach dem kürzeren Einbinden von Seilen mit Kauschen und Seilklemmen Anwendung. ⁴Für Unterseile gilt Satz 1; abweichend von Satz 2 kann die Belastung der Fördermittel dabei fehlen.

(5) Die Erprobung der Seile und Seileinbände nach Abs. 4 muss

1. bei Anlagen nach § 41 Nrn. 1, 4 und 5 mindestens eine Stunde lang,
2. bei Anlagen nach § 41 Nrn. 2 und 3 über mindestens 4 volle Treiben

erfolgen.

(6) ¹Nach dem Erneuern von Seileinbänden mit Klemmkauschen und dem kürzeren Einbinden von Seilen mit Klemmkauscheneinbänden müssen vor Wiederaufnahme des Betriebs mindestens 6 volle Treiben mit der betriebsüblichen Belastung durchgeführt werden. ²Danach sind die Seileinbände im Ruhezustand zu prüfen.

(7) Bei doppeltrümigen Anlagen sind die Förderseile wechselseitig zu kürzen.

(8) Beim Treiben während der Erprobung von Seilen und Seileinbänden darf sich niemand im Schacht aufhalten.

(9) Bühnenseile und Zwischengeschirre von Bühnenanlagen sind nach dem Einbau unter Last eine

kurze Strecke zu verfahren und anschließend zu prüfen.

(10) ¹Die Maßnahmen nach den Abs. 1 und 4 bis 9 müssen nach Weisung einer verantwortlichen Person durchgeführt werden. ²Beim Auflegen, Einhängen und Ablegen von Seilen muss ständig eine verantwortliche Person anwesend sein.

(11) Seile müssen in folgenden Abständen abgehauen werden:

1. Förderseile an Abteufanlagen viermal jährlich, und zwar in Abständen von längstens 15 Wochen mindestens 1 m über der Schlittentragklemme oder, wenn nicht Schlitten geführt, 1 m über dem Einband,
2. Flachförderseile an Hilfsfahr-, Notfahr- und Befahrungsanlagen in Abständen von längstens zwei Jahren 1 m über dem Einband,
3. Bühnenseile in Abständen von längstens zwei Jahren 1 m über dem Einband,
4. Förderseile von anderen Anlagen, deren Fördermittel regelmäßig aufgesetzt werden und deren Seile dabei regelmäßig entlastet werden, zweimal jährlich in Abständen von längstens sieben Monaten mindestens 1 m über dem Einband.

(12) ¹Bei Seilen von Abteufanlagen ist von dem an der Trennstelle liegenden Teil des nach Abs. 11 abgehauenen Seilstücks an einem Probestück die reduzierte ermittelte Bruchkraft festzustellen. ²Bei den Seilen der übrigen in Abs. 11 genannten Anlagen entscheidet der Sachverständige, ob diese Prüfung erforderlich ist.

(13) Die Spannkraft von Führungsseilen ist bei Anlagen in Schächten mit mehr als 300 m Teufe mindestens nach jedem Spannen zu messen und, soweit erforderlich, zu erhöhen.

§ 49

Seilaufliegezeiten

(1) Förderseile zur Seilfahrt und Schachtbefahrung sowie Bühnenseile bei Arbeiten im Schacht dürfen nicht mehr benutzt werden, wenn Anzeichen dafür festgestellt worden sind, dass die beim Auflegen vorhandene ermittelte Bruchkraft der Seile um mehr als 15 v.H. vermindert ist.

(2) ¹Greiferseile dürfen nicht mehr benutzt werden, wenn Anzeichen dafür festgestellt worden sind, dass die rechnerische Bruchkraft um mehr als 15 v.H. vermindert ist. ²Greiferseile dürfen höchstens sechs Monate lang aufliegen.

(3) Unterseile dürfen nicht mehr benutzt werden, wenn Anzeichen dafür festgestellt worden sind, dass die rechnerische Bruchkraft um mehr als 30 v.H. vermindert ist; eine 5-fache Sicherheit gegenüber dem Eigengewicht darf dabei nicht unterschritten werden.

(4) ¹Führungs- und Reibseile dürfen nicht mehr benutzt werden, wenn Anzeichen dafür festgestellt worden sind, dass

1. die rechnerische Bruchkraft um mehr als 15 v.H. oder

2. der metallische Querschnitt der Außendrähte um mehr als 40 v.H.

vermindert ist. ²Führungsseile in verschlossener Machart und Spirallitzen-Machart, an denen ein äußerer Drahtbruch festgestellt worden ist, dürfen nur weiterverwendet werden, wenn ein Sachverständiger die weitere Verwendbarkeit als unbedenklich bescheinigt hat.

§ 50

Regelmäßige Prüfungen

(1) ¹Schacht- und Schrägförderanlagen sind mindestens einmal jährlich, höchstens im Abstand von dreizehn Monaten hinsichtlich aller Anlagenteile einschließlich der elektrischen Anlagenteile sowie der Signal- und Steueranlagen von Sachverständigen zu prüfen. ²Abweichend von Satz 1 sind Fahrtregler halbjährlich, höchstens im Abstand von sieben Monaten von einem Sachverständigen zu prüfen.

(2) ¹Der Plan über Art und Umfang der erforderlichen regelmäßigen Prüfungen ist der zuständigen Bergbehörde anzuzeigen. ²Der Plan ist nach jeder Änderung der Anlage, nach jedem Schaden oder nach Störungen, mindestens aber im Abstand von drei Jahren zu überprüfen; die Ergebnisse der Überprüfung sind der zuständigen Bergbehörde mitzuteilen. ³Dem Plan und den in Satz 2 genannten Überprüfungen des Plans ist die gutachterliche Stellungnahme der jeweils betroffenen Sachverständigen beizulegen.

(3) Werden bei der Prüfung von Seilen im Bereich der Seileinbände Drahtbrüche, Korrosion oder Verformungen festgestellt, so ist diese Seilstrecke unverzüglich durch einen Sachverständigen zu prüfen.

Abschnitt III

Rohrleitungen

§ 51

Errichtung, Betrieb und Überwachung von Rohrleitungen

(1) ¹Rohrleitungen zur Beförderung gefährlicher Gase und Flüssigkeiten sowie von Sole müssen den Anforderungen der **Anlage 3** entsprechen und entsprechend diesen Anforderungen errichtet und betrieben werden. ²Abweichungen von den Anforderungen der Anlage 3 sind zulässig, wenn die Schutzziele der Bestimmungen auf andere Weise entsprechend dem Stand der Technik mindestens gleichwertig gewährleistet werden. ³Abweichungen von der Anlage 3 im Sinn von Satz 2 sind der zuständigen Bergbehörde rechtzeitig vorher anzuzeigen; die zuständige Bergbehörde kann verlangen, dass die Gleichwertigkeit der getroffenen Maßnahmen auf geeignete Weise vorher nachgewiesen wird.

(2) Beim Verlegen der Rohrleitungen dürfen nur Schweißverfahren angewendet werden, deren Eignung durch Sachverständige oder sachverständige Stellen begutachtet und bestätigt worden ist.

(3) Mit der Herstellung von Schweißverbindungen darf nur dafür ausgebildetes und geprüftes Fachpersonal betraut werden, das seine Eignung nachgewiesen hat.

(4) ¹Rohrleitungen nach Abs. 1 sind vor Inbetriebnahme von einem Sachverständigen auf Dichtheit, Festigkeit und Funktionssicherheit zu prüfen. ²Schweißnähte an Rohrleitungen sind in hinreichender Anzahl zerstörungsfrei zu prüfen. ³Im Bereich von Kreuzungen mit Verkehrsanlagen oder Gewässern sowie bei Rohrleitungen die zur Beförderung von schwefelwasserstoffhaltigem Erdgas bestimmt sind, ist jede Schweißnaht zu prüfen. ⁴Satz 2 gilt auch für Schweißnähte, die im Herstellerwerk der Rohre hergestellt wurden.

(5) Die Trassen der Rohrleitungen sind zur frühzeitigen Erkennung von Undichtheiten und Schäden sowie von baulichen und sonstigen Maßnahmen, die geeignet sind, die Sicherheit der Rohrleitungen zu gefährden, im bebauten Gebiet mindestens in Abständen von einer Woche, im Übrigen mindestens in Abständen von einem Monat zu begehen.

(6) Die Fristen können mit Zustimmung der zuständigen Bergbehörde verlängert werden, wenn durch die sonstigen Maßnahmen zur Überwachung der Rohrleitung sichergestellt ist, dass Schäden an den Rohrleitungen vermieden beziehungsweise umgehend erkannt werden.

Vierter Teil

Sprengarbeiten, Umgang mit Explosivstoffen

§ 52

Umgang mit Explosivstoffen

¹Unter Tage und in Tagebauen dürfen mit Explosivstoffen nur Personen umgehen, die

1. nach einem dem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Sinn von § 37 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl I S. 169) in der jeweils geltenden Fassung anzuzeigenden Plan ausgebildet sind und für die die zuständige Bergbehörde einen Berechtigungsschein ausgestellt hat, oder
2. einen entsprechenden Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes (SprengG) besitzen.

²Andere Sprengungen dürfen nur von Inhabern eines entsprechenden Befähigungsscheins nach § 20 SprengG durchgeführt werden.

Fünfter Teil

Sachverständige

§ 53

Sachverständige und sachverständige Stellen

- (1) Sachverständige und sachverständige Stellen

im Sinn dieser Verordnung sind die vom Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie anerkannten Sachverständigen oder sachverständigen Stellen.

(2) Als Sachverständiger kann für bestimmte Aufgabenbereiche anerkannt werden, wer persönlich und fachlich geeignet ist, und die Gewähr bietet, dass er seine Tätigkeit als Sachverständiger unabhängig und frei von Weisungen ausübt.

(3) Sachverständige Stellen können für bestimmte Aufgabenbereiche anerkannt werden, soweit sie über persönlich und fachlich geeignetes Personal verfügen.

(4) Sachverständige im Sinn dieser Verordnung sind auch die in anderen Ländern auf Grund einer Bergverordnung für bestimmte Aufgabenbereiche anerkannten Sachverständigen und die für entsprechende Aufgabenbereiche öffentlich bestellten Sachverständigen.

(5) ¹Sachverständige Stellen im Sinn dieser Verordnung sind auch

1. die in anderen Ländern auf Grund einer Bergverordnung für bestimmte Aufgabenbereiche anerkannten sachverständigen Stellen,
2. die für entsprechende Aufgabenbereiche zugelassenen Überwachungsstellen nach § 21 BetrSichV und
3. die nach § 11 des Gesetzes über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz – GPSG) vom 6. Januar 2004 (BGBl I S. 2, 219), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 33 des Gesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl I S. 1970) zugelassenen Stellen im Rahmen ihres Akkreditierungsumfangs.

²Satz 1 Nr. 3 gilt nicht für Prüfungen nach § 12 Abs. 4.

(6) Soweit Prüfungen ausschließlich auf Grund von § 4 Abs. 1 durchgeführt werden und diese Verordnung oder andere Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen, kann der Unternehmer an Stelle von Sachverständigen und sachverständigen Stellen nach Abs. 1 bis 5 andere sachkundige Personen beauftragen, die auf Grund ihrer fachlichen Ausbildung und Erfahrung besondere Kenntnisse auf dem jeweiligen Aufgabengebiet aufweisen und mit den einschlägigen Arbeitsschutzvorschriften und allgemein anerkannten Regeln der Technik vertraut sind und ihre Aufgaben unabhängig und frei von Weisungen wahrnehmen können (nicht amtlich anerkannte Sachverständige).

Sechster Teil

Schlussvorschriften

§ 54

Übertragung der Verantwortlichkeit

Der Unternehmer kann die Pflichten, die sich für ihn aus dieser Verordnung ergeben, ganz oder teil-

weise auf verantwortliche Personen nach §§ 58 bis 62 BBergG übertragen.

§ 55

Übergangsvorschriften

Betriebsplanzulassungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und sonstige Verwaltungsakte, die vor In-Kraft-Treten dieser Verordnung erteilt worden sind, behalten ihre Gültigkeit; im Übrigen bleiben die Vorschriften dieser Verordnung unberührt.

§ 56

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 145 Abs. 3 Nr. 2 BBergG kann mit Geldbuße belegt werden, wer als Unternehmer oder als bestellte verantwortliche Person, soweit die Pflichten gemäß § 54 übertragen wurden, vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen einer vollziehbaren Anordnung nach § 4 Abs. 4 eine Prüfung nicht oder nicht richtig durchführen lässt,
2. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 die Erdoberfläche nicht oder nicht richtig sichert, entgegen § 7 Abs. 1 Satz 2 nicht dafür Sorge trägt, dass Sicherheitsabstände eingehalten werden, oder entgegen § 7 Abs. 2 Satz 1 nicht dafür Sorge trägt, dass auflässige Bohrungen ordnungsgemäß verfüllt werden,
3. entgegen § 9 Abs. 1 kein Trinkwasser oder andere alkoholfreie Getränke zur Verfügung stellt,
4. den Aufzeichnungs- und Nachweispflichten nach § 4 Abs. 5 Satz 1 oder 2, § 14 Satz 1 oder 2, § 30 Abs. 4 Satz 2 oder nach § 40 Abs. 1 nicht oder nicht richtig nachkommt,
5. entgegen § 12 Abs. 2 die Errichtung oder den Betrieb einer Anlage nicht richtig oder nicht rechtzeitig anzeigt,
6. entgegen § 12 Abs. 3 Satz 1 eine Anlage errichtet oder betreibt,
7. eine Prüfung nach § 12 Abs. 4 Satz 1, nach §§ 13, 39 oder nach § 44 in Verbindung mit § 46, nach § 50 Abs. 1 oder 3 und nach § 51 Abs. 4 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vornehmen lässt,
8. entgegen § 19 Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, nicht ausgebildete oder nicht oder

nicht ordnungsgemäß geschulte Personen beauftragt,

9. einer Anzeige-, Mitteilungs- oder Nachweispflicht nach § 19 Abs. 1 Satz 3, § 20 Abs. 1 Satz 4 oder 5 oder nach § 51 Abs. 1 Satz 3 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise nachkommt.

§ 57

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

¹Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2006 in Kraft.
²Mit Ablauf des 31. Mai 2006 treten

1. die Allgemeine Bergbauverordnung (ABergV) vom 7. Dezember 1978 (BayRS 750-11-W), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 8. Juni 2001 (GVBl S. 338),
2. die Verordnung für Tiefbohrungen, für die Gewinnung von mineralischen Bodenschätzen durch Bohrungen und für Anlagen zur behälterlosen unterirdischen Speicherung von Gas in den der Aufsicht der Bergbehörden unterliegenden Betrieben (Bergbau-Tiefbohr-Verordnung – BergTbV) vom 14. Mai 1981 (BayRS 750-12-W), zuletzt geändert durch § 3 der Verordnung vom 8. Juni 2001 (GVBl S. 338),
3. die Verordnung für Schacht- und Schrägförderanlagen in den der Aufsicht der Bergbehörden unterliegenden Betrieben (Bergbau-Schachtförderanlagen-Verordnung – BergSVO) vom 15. September 1977 (BayRS 750-14-W), zuletzt geändert durch § 4 der Verordnung vom 8. Juni 2001 (GVBl S. 338),
4. die Bergverordnung für seismische Arbeiten (Seismik-Bergverordnung – SeismikBergV) vom 17. März 1987 (GVBl S. 88, BayRS 750-17-W) teilweise gegenstandslos (BVo vom 23. Oktober 1995, BGBl I S. 1466) und
5. die Bergverordnung für elektrische Anlagen (Elektro-Bergverordnung – ElBergV) vom 12. März 1992 (GVBl S. 82, BayRS 750-18-W) außer Kraft.

München, den 6. März 2006

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Erwin H u b e r, Staatsminister

**Anforderungen an den Bohrbetrieb
bei der Herstellung von Bohrungen
zur Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen
und an Bohrungen nach § 127 BBergG**

1. Allgemeines

1.1 ¹Diese Anlage gilt für Bohrungen, bei denen Erdöl- und Erdgaslagerstätten erschlossen werden sollen oder mit denen Lagerstätten dieser Art angebohrt werden können. ²Für Bohrungen im Sinn des § 127 BBergG und für Bohrungen zur Erschließung von Erdwärme oder andere Bodenschätze gilt diese Anlage entsprechend, soweit vergleichbare Gefährdungen oder die Beeinträchtigung von Schutzgütern und der Lagerstätten- und Grundwasserschutz es erforderlich machen.

1.2 ¹Bohrungen sind so anzusetzen, dass ihr Abstand von Gebäuden, öffentlichen Verkehrsanlagen und ähnlichen zu schützenden Objekten mindestens das 1,1-fache der Gerüsthöhe beträgt. ²Bei der Aufwältigung oder sonstigen Behandlung von bestehenden Bohrungen, bei denen dieser Abstand nicht eingehalten werden kann, sind entsprechende zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

1.3 Jede Bohrung ist am Zugang des Bohrplatzes mit einem Schild zu kennzeichnen, auf dem die Bohrung sowie Namen und Anschriften der Bohrfirma und des Unternehmers bezeichnet sind.

1.4 Werden an Erdöl- und Erdgasbohrungen während des Bohrbetriebs Testarbeiten durchgeführt, ist anfallendes Gas gefahrlos abzuleiten oder über eine Fackelanlage gefahrlos zu verbrennen; anfallendes Erdöl und andere Flüssigkeiten sind in geeigneten Behältern aufzufangen.

2. Verrohrung und Zementation

2.1 Bohrungen, mit denen Erdöl- oder Erdgaslagerstätten erschlossen werden sollen oder mit denen Lagerstätten dieser Art angebohrt werden können, sind mit Standrohren zu versehen und durch Verrohrung zu sichern.

2.2 ¹Die Ankerrohrtour ist einzubauen, bevor die Bohrung mögliche erdöl- oder erdgasführende Gebirgsschichten erreicht. ²Sie ist so abzusetzen, dass eine zuverlässige Verankerung der Absperreinrichtungen und der nachfolgenden Rohrtouren gewährleistet ist. ³Ist mit dem Anbohren oberflächennahen Erdgases zu rechnen, gilt Nr. 3.4 entsprechend.

2.3 Die Absetzteufen der einzelnen Rohrtouren sind unter Berücksichtigung der Gebirgsfestigkeit und des zu erwartenden Lagerstättendrucks so festzusetzen, dass ein Aufbrechen des Gebirges

in dem jeweils unverrohrten Teil des Bohrlochs beim Auftreten von Erdöl oder Erdgas vermieden wird.

2.4 ¹Die Verrohrung ist durch Zementation im Gebirge zuverlässig zu verankern. ²Die einzelnen Rohrtouren sind so weit aufzuzementieren, dass ein dichter Abschluss des Bohrlochs gegen den nicht zementierten Teil des Ringraums erreicht wird. ³Die Ankerrohrtour ist vollständig zu zementieren.

2.5 Die Zementationsstrecken sind ferner so zu bemessen, dass nutzbare Wasserstockwerke, nicht genutzte Erdöl- oder Erdgasträger und laugenführende Gebirgsschichten abgedichtet werden und ein Eindringen von Wasser in nutzbare Salzlagerstätten vermieden wird.

2.6 ¹Während der Zementation ist der Betriebsdruck in der Zementierleitung ständig zu überwachen. ²Deuten Anzeichen darauf hin, dass der zulässige Betriebsdruck in der Leitung überschritten werden kann, sind die Zementierpumpen zu drosseln und erforderlichenfalls abzuschalten.

2.7 ¹Die Lage der Zementationsstrecken ist durch Messung zu ermitteln. ²Bei Misslingen der Zementation sind geeignete Sanierungsmaßnahmen umgehend zu veranlassen.

2.8 Für Bohrungen, mit denen andere gas- oder flüssigkeitsführende Gebirgsschichten oder Hohlräume angebohrt werden können, bei denen Ausbrüche nicht ausgeschlossen werden können, gelten die Nrn. 2.1 bis 2.7 entsprechend.

2.9 ¹Andere als die in den Nrn. 2.1 und 2.8 genannten Bohrungen sind unter Berücksichtigung des späteren Betriebszwecks zu verrohren und erforderlichenfalls zu zementieren, soweit Belange der Betriebssicherheit, des Lagerstättenschutzes oder des Gewässerschutzes es erfordern. ²Im nicht standfesten Gebirge ist das Bohrloch bei Bedarf bereits während des Niederbringens der Bohrung zu verrohren.

3. Absperreinrichtungen

3.1 ¹Beim Erstellen von Tiefbohrungen muss der Bohrlochkopf mit Absperreinrichtungen ausgerüstet sein, die im Fall eines Ausbruchs den Vollabschluss des Bohrlochs (Steig- und Ringraum) gewährleisten. ²Die Absperreinrichtungen müssen eingebaut sein, bevor die Bohrung nach Einbau der Ankerrohrtour und der nachfolgenden Rohrtouren jeweils weiter vertieft wird.

- 3.2 Die Druckstufen der Absperrreinrichtungen müssen den höchsten Kopfdrücken genügen, die bis zum Erreichen der Einbauteufe der nächsten Rohrtour oder nach Einbau der letzten Rohrtour bis zum Erreichen der Endteufe zu erwarten sind.
- 3.3 Ist der höchste zu erwartende Kopfdruck größer als 5 bar, müssen für jede der beiden in Nr. 3.1 genannten Absperrfunktionen wenigstens zwei voneinander unabhängige und nach einem unterschiedlichen Prinzip arbeitende Absperrreinrichtungen eingebaut sein.
- 3.4 Ist mit dem Anbohren oberflächennahen Erdgases zu rechnen, bevor die Ankerrohrtour eingebaut werden kann, ist der Bohrlochkopf mit einer Einrichtung zu versehen, mit der das Bohrloch geschlossen und gleichzeitig gefahrlos entlastet werden kann.
- 3.5 Es ist sicherzustellen, dass der eingebaute Bohrstang im Bereich der Arbeitsbühne jederzeit schnell verschlossen werden kann.
- 3.6 ¹Aufwältigungsarbeiten an Bohrungen, bei denen die Gefahr eines Ausbruchs nicht auszuschließen ist, dürfen erst begonnen werden, nachdem der Bohrlochkopf mit Absperrreinrichtungen ausgerüstet worden ist. ²Nr. 3.1 Satz 1 und die Nrn. 3.2, 3.3, 3.5 sowie 3.7 bis 3.9 gelten entsprechend.
- 3.7 Absperrreinrichtungen dürfen nur abgebaut oder unwirksam gemacht werden, wenn das Bohrloch gegen Ausbrüche sicher ist.
- 3.8 Die Absperrreinrichtungen müssen von der Arbeitsbühne des Gerüsts sowie von einem in sicherer Entfernung vom Bohrloch befindlichen weiteren Bedienungsstand außerhalb des Gerüsts betätigt werden können.
- 3.9 Die Energieversorgung der Absperrreinrichtungen ist so zu bemessen, dass diese komplett zweimal geschlossen und einmal geöffnet werden können.

4. Totpump- und Druckentlastungseinrichtungen

- 4.1 ¹Beim Erstellen von Tiefbohrungen muss der Bohrlochkopf mit Absperrreinrichtungen versehen sein, durch die Gase oder Flüssigkeiten aus der Bohrung abgelassen und in die Bohrung eingepumpt werden können. ²Der Anschluss zum Einpumpen muss so beschaffen sein, dass die Spülpumpen und andere Hochdruckpumpen schnell und gefahrlos angeschlossen werden können.
- 4.2 ¹In sicherer Entfernung vom Bohrloch muss an gut zugänglicher Stelle eine mit dem Bohrlochkopf verbundene Druckentlastungseinrichtung vorhanden sein, mit der Gase und Flüssigkeiten aus dem Bohrloch gefahrlos abgeleitet werden können. ²Die Druckentlastungseinrichtung muss mit mindestens zwei regelbaren Düsen ausgerüstet sein, die sich während des Betriebs einzeln auswechseln lassen. ³Die Druckentlastungseinrichtung und die Anschluss-

leitung sind so auszulegen, dass sie dem höchsten am Bohrlochkopf zu erwartenden Druck standhalten.

- 4.3 Bei Bohrungen, bei denen der höchste zu erwartende Kopfdruck 5 bar nicht übersteigt, genügt es, wenn anstelle der in Nr. 4.2 Sätze 1 und 2 genannten Druckentlastungseinrichtung eine andere zur Druckentlastung geeignete Einrichtung verwendet wird.
- 4.4 Für das Aufwältigen von Bohrungen, bei denen die Gefahr eines Ausbruchs nicht auszuschließen ist, gelten die Nrn. 4.1 bis 4.3 entsprechend.

5. Bohrspülung

- 5.1 ¹Beim Erstellen von Tiefbohrungen müssen Menge und Beschaffenheit der umlaufenden Bohrspülung eine ausreichende Sicherung des Bohrlochs gewährleisten. ²Stoffe zur Herstellung und Beschwerung von Bohrspülung sind an jeder Bohrung in ausreichender Menge vorrätig zu halten.
- 5.2 Beim Ziehen des Bohrgestänges ist rechtzeitig Spülung nachzufüllen, damit der erforderliche Mindestdruck der Spülung im Bohrloch, ständig erhalten bleibt.
- 5.3 ¹Der Spülungsstromlauf und die Beschaffenheit der umlaufenden Spülung sind nach näherer Weisung des Unternehmers zu überwachen. ²Die Überwachung muss sich auch auf Anzeichen von Öl und Gasen erstrecken. ³Das Spülungssystem muss mit geeigneten Messgeräten zur Überwachung des Spülungsstromlaufs und zur Überwachung der Spülung auf Gase ausgerüstet sein.
- 5.4 ¹Vergaste Spülung ist über einen Gasabscheider zu leiten, der ein gefahrloses Ableiten der aus der Spülung abgeschiedenen Gase ermöglicht. ²Bei Bohrungen, bei denen mit dem Auftreten von Schwefelwasserstoff zu rechnen ist, muss ständig eine geeignete Gasabscheidung gewährleistet sein.

- 5.5 Wenn die Verwendung einer Bohrspülung allein aus Gründen der Standsicherheit des Bohrlochs erforderlich ist, gelten die vorstehenden Nrn. 5.1, 5.2 und 5.3 Satz 1 entsprechend.

- 5.6 Für das Aufwältigen von Bohrungen gelten die Nrn. 5.1 bis 5.4 entsprechend, soweit das Bohrloch bei der Aufwältigung zur Verhütung von Ausbrüchen mit Spülung gesichert wird.

6. Spülpumpen

- 6.1 Spülpumpen müssen mit einem ausreichend bemessenen nicht absperrbaren Überdrucksicherheitsventil gegen unzulässige Drucksteigerung im Pumpengehäuse und im nachgeschalteten Spülungssystem ausgerüstet sein.
- 6.2 Überdruckventile sind so zu warten, dass Verstopfungen vermieden werden.

7. Gestänge- und Verrohrungsarbeiten

- 7.1 ¹Zum Ein- und Ausbau von Bohr- und Pumpgestänge sowie von Futter- und Steigröhren dürfen nur geeignete und passende Ein- und Ausbauwerkzeuge verwendet werden. ²Für die Bühnenarbeit notwendige Gegenstände oder Werkzeuge sind gegen Herabfallen zu sichern. ³Ausbauwerkzeuge, die beschädigt sind oder sonstige Mängel aufweisen, dürfen nicht benutzt werden.
- 7.2 ¹Der Drehtisch darf zum Brechen und zum Kontern von Gestänge und Rohrverbindungen nicht benutzt werden. ²Beim Brechen besonders fest-sitzender Verbindungen dürfen nur die unmittelbar damit beschäftigten Personen auf der Arbeitsbühne anwesend sein.
- 7.3 Spillketten dürfen zum Verschrauben von Gestänge und Röhren nur verwendet werden, wenn ein maschinelles Werkzeug zum Verschrauben nicht eingesetzt werden kann.
- 7.4 ¹Bei Arbeiten auf der Gestängebühne müssen Personen stets angeseilt sein. ²Für die Bühnenarbeit notwendige Gegenstände oder Werkzeuge sind gegen Herabfallen zu sichern.
- 7.5 ¹Fahrbare Verrohrungsbühnen dürfen nur über den dafür bestimmten Einstieg bestiegen werden. ²Mitgeführte Teile sind so unterzubringen, dass sie weder unterfassen noch herabfallen können. ³Lasten dürfen nicht an der Bühne angeschlagen werden. ⁴Ausschwenkbare Verrohrungsbühnen sind beim Verfahren gegen unbeabsichtigtes Verschwenken zu sichern.
- 7.6 ¹Gestänge- und Verrohrungsarbeiten dürfen nur von unterwiesenen Personen ausgeführt werden. ²Ihnen ist eine schriftliche Anweisung auszuhändigen.

8. Umgang mit Zangen

- 8.1 Beim Brechen und Kontern ist der Aufenthalt im Schwenkbereich der Gestängezangen verboten.
- 8.2 ¹Gestängezangen dürfen nur bis zu der vom Hersteller angegebenen Belastungsgrenze beansprucht werden. ²Bei Beanspruchung nahe der Belastungsgrenze ist ein Zugkraftmesser zu verwenden.
- 8.3 ¹Gestängezangen sind auf der Zugseite und auf der Halteseite mit Sicherheitsseilen zu versehen. ²Halteseile und Sicherheitsseile sind fest zu verankern. ³Spill- oder Windenseile dürfen als Halteseile nicht verwendet werden. ⁴Die verwendeten Seile müssen gegenüber den zulässigen Belastungen, bezogen auf die Mindestbruchkraft der Seile, mindestens die 2,5 fache Seilsicherheit haben.
- 8.4 Schweißungen zur Instandsetzung beschädigter Gestängezangen dürfen nur vom Hersteller oder einem vom Hersteller benannten Fachbetrieb vorgenommen werden.
- 8.5 Backenwechsel und andere Arbeiten an hydraulischen oder pneumatisch betätigten Zangen dürfen erst begonnen werden, nachdem die Druckleitung abgesperrt und das Drucksystem in den Zangen vollständig entlastet worden ist.

9. Spillarbeiten

- 9.1 ¹Spille müssen mit einer Schutzeinrichtung versehen sein, die die erste Seilumschlingung von den folgenden trennt. ²Sie müssen ferner mit einem Notausschalter ausgerüstet sein, der vom Bedienungspersonal jederzeit leicht betätigt werden kann.
- 9.2 Der Spillkopf darf zum Heben und Senken von Lasten nicht verwendet werden.
- 9.3 ¹Beim Arbeiten mit dem Spillkopf muss das Bedienungspersonal die bewegte Last ständig beobachten. ²Ist das nicht möglich, darf er die Last nur bewegen, wenn er hierzu Signal oder Weisung erhalten hat.
- 9.4 Spille dürfen nur von unterwiesenen Personen bedient werden.

10. Verhalten bei Ausbrüchen

- 10.1 Deuten Anzeichen auf einen drohenden Ausbruch aus dem Bohrloch hin, hat die zuständige verantwortliche Person unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung des Ausbruchs zu treffen.
- 10.2 ¹Ereignet sich ein Ausbruch, sind unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Ausbruchs und zum Schutz der Beschäftigten zu treffen. ²Können durch den Ausbruch Leben und Gesundheit von Personen in der Umgebung der Bohrung gefährdet werden, sind die gefährdeten Personen unverzüglich zu warnen und die Zugänge in sicherer Entfernung von der Bohrung abzusperren.
- 10.3 Bei Ausbrüchen von schwefelwasserstoffhaltigem Erdgas sind die im Gasalarmplan festgelegten Maßnahmen unverzüglich einzuleiten.

11. Verhalten bei Bohrlocheinbrüchen

- 11.1 ¹Wird der Bohrplatz durch Einbrechen des Bohrlochs oder durch Ausbrüche von Gasen oder Flüssigkeiten aus dem Untergrund gefährdet, haben sich die Beschäftigten aus dem gefährdeten Bereich unverzüglich zurückzuziehen. ²Der gefährdete Bereich ist abzusperren und darf nur auf Anweisung einer verantwortlichen Person betreten werden. ³Wird auch der Bereich außerhalb des Bohrplatzes gefährdet, gilt Nr. 10.2 entsprechend.
- 11.2 Durch Bohrlocheinbruch oder durch Ausbrüche entstandene Vertiefungen dürfen nur nach Anweisung der verantwortlichen Person verfüllt werden.

12. Überwachung des Bohrlochverlaufs

- 12.1 ¹Soweit die Kenntnis des Bohrlochverlaufs bei Tiefbohrungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Ausbrüchen und sonstigen Gefahren

erforderlich ist, sind entsprechende Vermessungen vorzunehmen. ²Bei Bohrungen, mit denen Erdöl- oder Erdgaslagerstätten erschlossen werden sollen oder mit denen Lagerstätten dieser Art angebohrt werden können, ist der Bohrlochverlauf rechtzeitig vor dem Erreichen möglicher Erdöl- oder Erdgasträger sowie nach Erreichen der Endteufe zu vermessen. ³Darüber hinaus sind in den vom Unternehmer festzulegenden Abständen Richtungs- und Neigungsmessungen durchzuführen. ⁴Deuten diese auf eine größere horizontale Abweichung der Bohrung gegenüber der durch die letzte Vermessung ermittelten Lage hin, ist das Bohrloch erforderlichenfalls zusätzlich zu vermessen.

12.2 Bei planmäßig gerichteten Bohrungen nach Nr. 12.1 sind die Messabstände entsprechend zu verkürzen.

13. Bohrergebnisse, Bohrbericht

13.1 ¹Die durchbohrten Gebirgsschichten sind geologisch zu bestimmen. ²Proben der erschlossenen Gebirgsschichten sind mindestens bis zur Beendigung der Bohrarbeiten aufzubewahren.

13.2 Wenn Gründe der Sicherheit oder des Lagerstättenschutzes es erfordern, sind Teufenlage, Art, Beschaffenheit und Mächtigkeit der Gebirgsschichten durch Messverfahren genauer zu bestimmen.

13.3 Über den Verlauf jeder Bohrung sind Aufzeichnungen zu führen und arbeitstäglich nachzutragen (Bohrbericht).

13.4 Der Bohrbericht muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Teufenlage, Art, Beschaffenheit und Mächtigkeit der Gebirgsschichten, Zuflüsse,
- Spülungsbeschaffenheit und -verluste,
- Teufe der Bereiche, in denen gekernt worden ist,
- Durchmesser, Werkstoff und Absetzteufe der Verrohrung sowie Teufenlage der Zementationsstrecken,
- Durchmesser, Einbauteufe und Verkiesung von Filtern,
- Art der Abschlüsse von Lagerstätten, Solquellen und Wasserhorizonten,
- Art der Absperreinrichtungen und Zeitpunkt des Einbaus,
- Öl- und Gasspuren, Testarbeiten und Förderversuche,
- Druckprüfungen, Teufen-, Richtungs- und Neigungsmessungen und andere besondere Messungen,
- Gestänge- und Meißelbrüche, Fangarbeiten und andere besondere Vorkommnisse.

13.5 Der Bohrbericht ist bei Bohrungen, die in Förderung genommen werden, mindestens ein Jahr über den Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme, in allen anderen Fällen mindestens ein Jahr über den Zeitpunkt ihrer Verfüllung hinaus aufzubewahren.

Anforderungen an Förderbohrungen und Bohrungen zum Betrieb von Erdgasspeichern

1. Allgemeine Anforderungen

- 1.1 ¹Die Bohrlochverschlüsse von Förderbohrungen müssen dicht schließen. ²Der Bohrlochkopf muss so ausgelegt sein, dass er dem höchsten zu erwartenden Kopfdruck standhält. ³Die für den Bohrlochverschluss und den Förderstrang verwendeten Werkstoffe müssen gegen Korrosion durch die zu fördernden Stoffe widerstandsfähig sein.
- 1.2 ¹Am Bohrlochkopf müssen Absperrrichtungen vorhanden sein, mit denen der Förderstrom jederzeit zuverlässig unterbrochen werden kann. ²Wird neben dem Förderstrang auch ein Ringraum zum Fördern oder Einleiten benutzt, muss der Förderstrom auch im Ringraum unterbrochen werden können.
- 1.3 ¹Am Bohrlochkopf müssen Messeinrichtungen eingebaut sein, die den Druck im Förderstrang und im Förderringraum ständig anzeigen. ²Bei druckschwachen Bohrungen genügt es, wenn die Möglichkeit zum Anschluss geeigneter Messeinrichtungen besteht.
- 1.4 Förderbohrungen sind durch ein Schild zu kennzeichnen, auf dem die Bezeichnung der Bohrung, die örtliche Betriebsstelle des Unternehmers und die Rufnummer der ständig besetzten Stelle vermerkt sind.
- 1.5 Beim Testen und Freifördern von Erdöl- und Erdgasbohrungen, die nicht in ein vorhandenes Rohrleitungssystem fördern, ist anfallendes Erdgas gefahrlos abzuleiten oder über eine Fackelanlage gefahrlos zu verbrennen; anfallendes Erdöl und andere Flüssigkeiten sind in geeigneten Behältern aufzufangen.
- 1.6 Für das Verhalten bei Ausbrüchen und Bohrlocheinbrüchen an Förderbohrungen gilt Anlage 1 Nrn. 10 und 11 entsprechend.
- 1.7 ¹Stillliegende Bohrungen müssen verschlossen und gegen Eingriffe Unbefugter gesichert sein. ²Stehen diese Bohrungen unter Druck oder kann sich in ihnen ein Druck aufbauen, sind die Dichtheit des Bohrlochverschlusses und das Druckverhalten zu überwachen.

2. Erdöl- und Erdgasförderbohrungen

- 2.1 ¹Bei Förderbohrungen, die der Gewinnung aus Erdöl- oder Erdgaslagerstätten dienen (Erdöl- und Erdgasförderbohrungen), gilt als höchster Kopfdruck derjenige Druck, der nach den Lagerstättenbedingungen bei geschlossenem Bohrloch zu erwarten ist. ²Kann durch Fördermaßnahmen ein höherer Kopfdruck entstehen, ist dieser maßgebend.

- 2.2 Förderstrang und Förderringraum der Erdöl- und Erdgasförderbohrungen müssen mit Anschlüssen zur Druckentlastung und zum Totpumpen versehen sein.
- 2.3 ¹Die Bohrlochverflanschung muss mit Vorrichtungen zum Anschluss von Messeinrichtungen versehen sein, mit denen der Druck in Ringräumen zwischen fest eingebauten Rohrtouren ermittelt werden kann. ²Dies gilt nicht für die Verflanschung druckschwacher Erdölbohrungen sowie bei Ringräumen, die bis zu Tage zementiert sind.
- 2.4 ¹Bei eruptiv fördernden Erdölbohrungen und bei Erdgasförderbohrungen muss hinter dem Bohrlochkopf eine Absperrrichtung eingebaut sein, die das Bohrloch selbsttätig schließt, wenn der betriebliche Mindestdruck in der dem Bohrloch unmittelbar nachgeschalteten Anlage oder in der von der Bohrung abgehenden Rohrleitung unterschritten wird. ²Wird der Betriebsdruck des geförderten Erdöls oder Erdgases in einer dem Bohrloch unmittelbar nachgeschalteten Anlage gemindert, muss die in Satz 1 genannte Absperrrichtung das Bohrloch auch dann selbsttätig schließen, wenn der zulässige Betriebsdruck im Niederdruckteil der nachgeschalteten Anlage überschritten wird.
- 2.5 ¹Im Förderstrang der in Nr. 2.4 genannten Bohrungen müssen im Bereich des Rohrschuhs und des Bohrlochkopfes jeweils Vorrichtungen angebracht sein, die es ermöglichen, den Förderstrang durch Einbau geeigneter Rückschlagventile oder Stopfen abzusperren. ²Im Förderstrang muss außerdem eine Absperrrichtung vorhanden sein, die den Förderstrom im Bohrloch bei Bruch der Bohrlochverschlüsse selbsttätig unterbricht. ³Diese Absperrrichtung soll zusätzlich von über Tage zu betätigen sein.
- 2.6 Bei Förderung mit Tiefpumpen oder bei Anwendung anderer Förderverfahren müssen an Erdölförderbohrungen Einrichtungen vorhanden sein, die das Antriebsmittel selbsttätig abschalten, wenn der zulässige Betriebsdruck in der von der Bohrung abgehenden Leitung überschritten oder der betriebliche Mindestdruck in dieser Leitung unterschritten wird.
- 2.7 Die Nrn. 2.5 und 2.6 finden auf Erdölförderbohrungen keine Anwendung, wenn die Förderraten weniger als 100 m³/Tag Nassöl als technisches open-flow betragen oder wenn die Eigenschaften des geförderten Erdöls oder die dadurch bedingte Betriebsweise der Bohrungen dem Einbau der in den Nrn. 2.5 und 2.6 genannten Einrichtungen entgegenstehen.

3. Untergrundspeicherbohrungen

- 3.1 Bei Förderbohrungen, die dem Betrieb von Untergrundspeichern dienen (Untergrundspeicherbohrungen), gilt als höchster zu erwartender Kopfdruck derjenige Druck, der beim zulässigen Speicherinnendruck zu erwarten ist.
- 3.2 Bei Förderbohrungen von Porenspeichern müssen Förderstrang und Förderringraum mit Anschlüssen zur Druckentlastung und zum Totpumpen versehen sein.
- 3.3 Für den Anschluss von Druckmesseinrichtungen an der Bohrlochverflanschung von Untergrundspeicherbohrungen gilt Nr. 2.3 entsprechend.
- 3.4 ¹Der Bohrlochkopf von Untergrundspeicherbohrungen muss mit Absperrreinrichtungen versehen sein, die den in Nr. 2.4 genannten Anforderungen genügen. ²Wird das Speichergut mit Wasser, Sole oder mit einem anderen Medium umgeschlagen, muss an beiden Eingängen des Bohrlochkopfes eine Absperrreinrichtung vorhanden sein. ³Die Absperrreinrichtungen müssen das Bohrloch an beiden Eingängen selbsttätig schließen, wenn der betriebliche Mindestdruck in der ankommenden oder in der abgehenden Leitung unterschritten wird. ⁴Bei Speicherkavernen für Erdöl oder flüssige Erdölzerzeugnisse können anstelle selbsttätig wirkender Absperrreinrichtungen fernbetätigte Absperrschieber verwendet werden, wenn diese von der ständig besetzten Stelle aus jederzeit geschlossen werden können.
- 3.5 Bei Untergrundspeichern für Erdgas oder andere brennbare Gase muss der Förderstrang der Bohrungen mit Vorrichtungen zum Absetzen von Rückschlagventilen oder Stopfen und mit Absperrreinrichtungen ausgerüstet sein, die den Anforderungen nach Nr. 2.5 Sätze 1 und 2 entsprechen.
- 3.6 Bei Speicherkavernen für verflüssigte und nicht verflüssigte Gase, bei denen das Speichergut mit Wasser, Sole oder einem anderen Medium umgeschlagen wird, müssen die Bohrungen mit einer zuverlässig wirkenden Überfüllsicherung ausgerüstet sein.
- 3.7 Bei Speicherkavernen für Gase, die nicht mit Wasser, Sole oder einem anderen Medium umgeschlagen werden, sind die Bohrungen mit Einrichtungen zu versehen, die bei der Erstbefüllung eine unzulässige Drucküberschreitung in der von der Bohrung abgehenden Soleleitung durch Gasübertritt verhindern.

4. Kavernenbohrungen

- 4.1 Bei Förderbohrungen, die der Herstellung von Kavernen zur Salzgewinnung oder Untergrundspeicherung dienen (Kavernenbohrungen), sind die Bohrlochverschlüsse für den Kopfdruck auszulegen, der bei dem zulässigen Kaverneninnendruck zu erwarten ist.
- 4.2 Am Bohrlochkopf muss eine Messeinrichtung vorhanden sein, die den Druck auch in dem mit einem Schutzmedium gefüllten Ringraum ständig anzeigt.

5. Einpress- und Versenkbohrungen

- 5.1 Bei Förderbohrungen, die sekundären oder tertiären Fördermaßnahmen dienen (Einpressbohrungen) oder die zur sonstigen Einleitung von Stoffen in den Untergrund bestimmt sind (Versenkbohrungen), ist Vorsorge zu treffen, dass die durch die Bohrung eingeleiteten Stoffe nicht in andere als die dafür bestimmten Gebirgsschichten oder Hohlräume gelangen können.
- 5.2 Bei unter innerem Überdruck stehenden Einpress- und Versenkbohrungen muss am Bohrlochkopf ein Rückschlagventil oder eine Absperrrichtung angebracht werden, die ein Zurückfließen der in die Bohrung eingeleiteten Stoffe verhindert oder die Bohrung selbsttätig schließt, wenn der betriebliche Mindestdruck in der ankommenden Rohrleitung oder in der der Bohrung unmittelbar vorgeschalteten Anlage unterschritten wird.
- 5.3 ¹Der Förderstrang der in Nr. 5.2 genannten Bohrungen ist mit einer Vorrichtung zu versehen, die es ermöglicht, den Förderstrang durch Einbau eines geeigneten Stopfens oder eines anderen Absperrorgans abzusperrern. ²Werden einer der genannten Bohrungen in erheblichem Umfang gefährliche Gase oder Flüssigkeiten zugeführt, muss der Förderstrang darüber hinaus mit einem Rückschlagventil oder mit einer selbsttätig wirkenden Absperrreinrichtung ausgerüstet sein, die der Anforderung nach Nr. 2.5 Satz 2 genügt.
- 5.4 ¹Bei Anwendung von Wärmeverfahren zur Erdölgewinnung oder bei sonstigen Verfahren zur thermischen Behandlung von Lagerstätten ist Vorsorge zu treffen, dass Wärmespannungen im Förderstrang und am Bohrlochkopf beherrscht werden. ²Zugängliche heiße Teile sind gegen unabsichtliche Berührung zu schützen.
- 5.5 Werden durch Einpress- oder Versenkbohrungen Stoffe eingeleitet, die besonders korrosiv sind, ist der Ringraum des Verpressstrangs dicht abzusperrern und mit einem geeigneten Schutzmedium voll aufzufüllen.
- 5.6 Treten beim Betrieb von Einpress- und Versenkbohrungen schädliche Gase, Nebel oder Dämpfe auf, muss der zur Einleitung dienende Verpressstrang der Bohrung entweder aus einem geschlossenen System oder über eine zuverlässig wirkende Schleuse beaufschlagt werden, die den Austritt der Gase, Nebel oder Dämpfe verhindert.
- 5.7 ¹Wird der Ringraum einer Versenkbohrung zur Ableitung schädlicher Gase, Nebel oder Dämpfe benutzt, sind diese über einen Abgaskamin so ins Freie abzuführen, dass Personen nicht gefährdet und schädliche Umwelteinwirkungen vermieden werden. ²Erforderlichenfalls sind die Gase, Nebel oder Dämpfe vor der Ableitung ins Freie durch Waschen, Filtern oder Verbrennen unschädlich zu machen.

6. Arbeiten an Förderbohrungen

- 6.1 ¹Der Bohrlochverschluss einer unter innerem Überdruck stehenden Förderbohrung darf erst abgebaut oder unwirksam gemacht werden,

nachdem das Bohrloch auf andere Weise gegen Ausbrüche gesichert worden ist. ²Nach dem Abbau muss das Bohrloch unverzüglich mit einem anderen Bohrlochverschluss oder mit Absperrrichtungen ausgerüstet werden, die den Anforderungen nach Anlage 1 Nr. 3.6 genügen.

6.2 ¹Während einer Druckbehandlung ist der Betriebsdruck in der zur Druckbehandlung dienenden Rohrleitung ständig zu überwachen. ²Deuten Anzeichen darauf hin, dass der zulässige Betriebsdruck in der Leitung überschritten werden kann, ist der Druckerzeuger zu drosseln und erforderlichenfalls abzuschalten.

6.3 Für Aufwältigungsarbeiten gilt Anlage 1 entsprechend.

7. Förderbuch

7.1 Der Unternehmer hat für jede Förderbohrung ein Förderbuch zu führen und an einer den zuständigen verantwortlichen Personen zugänglichen Stelle aufzubewahren.

7.2 Das Förderbuch muss mindestens folgende Unterlagen und Nachweise enthalten:

- eine Ausfertigung des Bohrlochbildes,
- einen vollständigen Ausrüstungsplan der Bohrung,
- ein Verzeichnis aller wesentlichen für die Ausrüstung der Bohrung verwendeten Teile mit den zugehörigen Werkstoffangaben,
- die Daten und Ergebnisse der Prüfungen,
- Angaben über Zeitpunkt, Art und Umfang der an der Bohrung durchgeführten Arbeiten und
- Angaben über die beim Betrieb der Bohrung aufgetretenen Vorkommnisse.

Anforderungen an Rohrleitungen zur Beförderung von Erdöl, Erdgas und anderen Stoffen

1. Allgemeine Anforderungen

- 1.1 ¹Rohrleitungen zur Beförderung gefährlicher Gase und Flüssigkeiten sowie von Sole müssen den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Beanspruchungen standhalten. ²Rohre, die nicht aus Stahl oder anderen geeigneten metallischen Werkstoffen bestehen, dürfen nur verwendet werden, wenn dies nach den Umständen geboten oder zweckmäßig ist und ihre Eignung der zuständigen Behörde nachgewiesen worden ist.
- 1.2 ¹Rohrleitungen aus Stahl oder aus anderen nicht korrosionsbeständigen Werkstoffen müssen gegen Außenkorrosion geschützt sein. ²Soweit erforderlich, sind geeignete Maßnahmen gegen Innenkorrosion zu treffen.
- 1.3 ¹Bei unter innerem Überdruck stehenden Rohrleitungen muss gewährleistet sein, dass der zulässige Betriebsdruck nicht überschritten werden kann. ²Darüber hinaus müssen an geeigneten Stellen Vorrichtungen eingebaut sein, die die Betriebsdrücke in den Rohrleitungen laufend messen und anzeigen.
- 1.4 Am Anfang und am Ende jeder Rohrleitung müssen Absperrrichtungen vorhanden sein, mit denen die Leitungen jederzeit außer Betrieb genommen werden können.
- 1.5 Beim Übergang von Rohrleitungen auf Behälter oder andere Rohrleitungen, die für einen niedrigeren Druck ausgelegt sind, müssen Einrichtungen vorhanden sein, die verhindern, dass sich der Druck in der Rohrleitung auf das System mit geringerem Druck auswirken kann.
- 1.6 Rohrleitungen zur Beförderung von Erdöl und anderen brennbaren Flüssigkeiten müssen mit Einrichtungen versehen sein, mit denen aus Stopfbuchsen, Molchschleusen und anderen Betriebseinrichtungen austretende Flüssigkeit aufgefangen wird.

2. Leitungsführung, Schutzstreifen

- 2.1 ¹Rohrleitungen für die in Nr. 1.1 genannten Stoffe müssen so geführt sein, dass gefährdende Einwirkungen auf die Leitungen vermieden werden und von den Leitungen ausgehende Gefahren in Stör- oder Schadensfällen möglichst gering bleiben. ²Das gilt insbesondere bei Kreuzung oder Parallelführung von Rohrleitungen mit Straßen, Eisenbahnen, Kanälen, Versorgungsleitungen oder ähnlichen Anlagen.
- 2.2 ¹Die Rohrleitungen sind außerhalb des Werkgeländes in einem Schutzstreifen zu verlegen.

²Sie dürfen durch die im Schutzstreifen zulässige Nutzung nicht beeinträchtigt werden. ³Betriebsfremde Bauwerke dürfen innerhalb des Schutzstreifens nicht errichtet werden. ⁴Schutzstreifen sind von Baumbewuchs und tiefwurzelndem Buschwerk freizuhalten. ⁵Der Verlauf der Rohrleitungen und die Lage der betriebsnotwendigen Armaturen sind in geeigneter Weise zu kennzeichnen.

- 2.3 ¹Werden zwei oder mehr der in Nr. 2.1 genannten Rohrleitungen untereinander oder mit anderen Rohrleitungen in einer gemeinsamen Trasse verlegt, ist dafür zu sorgen, dass der Korrosionsschutz der Leitungen nicht beeinträchtigt wird. ²Die Breite des Schutzstreifens ist wenigstens um den Abstand zwischen benachbarten Leitungen zu vergrößern. ³Satz 1 gilt entsprechend, wenn Rohrleitungen andere Leitungen kreuzen.

3. Leitungsverlegung

- 3.1 ¹Rohrleitungen zur Beförderung der in Nr. 1.1 genannten Stoffe müssen außerhalb des Werkgeländes unterirdisch verlegt werden. ²Die Höhe der Erddeckung ist den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen.
- 3.2 ¹Nr. 3.1 findet keine Anwendung, wenn eine ausreichende Erddeckung nicht möglich oder eine oberirdische Verlegung aus technischen Gründen geboten ist. ²In diesen Fällen sind die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Rohrleitung gegen äußere mechanische Einwirkungen zu treffen. ³Außerdem sind Vorkehrungen zu treffen, die einen Ausgleich der Längenänderung bei Temperaturschwankungen gewährleisten.
- 3.3 ¹In Gebieten, in denen Bodenbewegungen auftreten können, sind Maßnahmen zur Sicherung der Rohrleitung gegen Auswirkungen dieser Bewegungen zu treffen. ²Bei nichttragfähigem Boden müssen Ausgleichsmöglichkeiten geschaffen werden, die eine Gefährdung der Rohrleitungen durch Absinken oder Auftrieb verhindern. ³Bei felsigem Untergrund sind zur Vermeidung von mechanischen Einwirkungen geeignete Rohrumhüllungen oder Bettungen vorzusehen.
- 3.4 Verformungen, die die Werkstoffeigenschaften der Rohre nachteilig beeinflussen, dürfen bei der Leitungsverlegung nicht vorgenommen werden.
- 3.5 ¹Stahlrohre sind durch Schweißnähte zu verbinden. ²Andere Rohrverbindungen sind nur zulässig, wenn sie im Einzelfall aus technischen oder sicherheitlichen Gründen geboten sind und nachgewiesen ist, dass sie hinsichtlich ihrer Festigkeit und Dichtheit den zu stellenden Anforderungen genügen.

4. Mit Förderbohrungen verbundene Rohrleitungen

4.1 ¹Mit Förderbohrungen unmittelbar verbundene Rohrleitungen sind mit Rückschlagventilen oder anderen geeigneten Absperrreinrichtungen auszurüsten, die den Rückfluss oder den Zufluss aus diesen Leitungen bei Bruch der Bohrlochverschlüsse oder der mit der Förderbohrung unmittelbar verbundenen Einrichtungen selbsttätig unterbrechen. ²Anstelle der Rückschlagventile oder anderer selbsttätig wirkender Absperrreinrichtungen können fernbetätigte Absperrreinrichtungen verwendet werden, wenn der Betriebszustand der Bohrungen fernüberwacht wird und die Absperrreinrichtungen von der ständig besetzten Stelle aus geschlossen werden können.

4.2 ¹Bei von Förderbohrungen abgehenden Soleleitungen können anstelle der in Nr. 4.1 genannten Einrichtungen handbetätigte Absperrreinrichtungen verwendet werden. ²Das gilt auch für die von Erdölförderbohrungen abgehenden Rohrleitungen, wenn die Förderraten weniger als 100 m³/d Nassöl als technisches open-flow betragen oder wenn die Eigenschaften des geförderten Erdöls und die Betriebsweise der Förderbohrungen den Einbau anderer Absperrreinrichtungen nicht zulassen; in diesem Fall ist durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass im Notfall unverzüglich die Absperrungen durchgeführt werden.

5. Zusätzliche Anforderungen an Rohrleitungen für schwefelwasserstoffhaltiges Erdgas

5.1 Beim Bau von Rohrleitungen, die zur Beförderung von schwefelwasserstoffhaltigem Erdgas bestimmt sind, dürfen nur Werkstoffe verwendet werden, die eine ausreichende Kerbschlagzähigkeit besitzen und gegen Korrosion durch Schwefelwasserstoff widerstandsfähig sind.

5.2 ¹Längere Rohrleitungen müssen zur Begrenzung der in Schadensfällen austretenden Gasmengen in einzelne Leitungsabschnitte unterteilt werden, deren Länge sich nach dem Schwefelwasserstoffgehalt des Gases, nach den Abmessungen und dem Betriebsdruck der Leitungen und nach den örtlichen Gegebenheiten richtet. ²Die einzelnen Leitungsabschnitte müssen durch Absperrreinrichtungen voneinander getrennt werden können. ³Die Leitungen müssen mit einer ausreichenden Zahl von Einrichtungen zum Abblasen des Leitungsinhalts versehen sein, die ein gefahrloses Verbrennen des abgeblasenen Gases über eine Hochfackel ermöglichen. ⁴Der Betriebsdruck ist in jedem Leitungsabschnitt gesondert zu überwachen. ⁵Die Absperrreinrichtungen müssen von der ständig besetzten Stelle aus betätigt werden können. ⁶Bei Rohrleitungen, in denen Erdgas mit einem Schwefelwasserstoffgehalt von mehr als 1 Vol.-% befördert wird, müssen die Absperrreinrichtungen darüber hinaus selbsttätig schließen, wenn der festgelegte betriebliche Mindestdruck im jeweiligen Leitungsabschnitt unterschritten wird.

5.3 ¹Das in den Rohrleitungen beförderte Erdgas muss soweit getrocknet sein, dass der Wassertau-punkt nicht unterschritten wird. ²Dies gilt nicht für die zu Trocknungsanlagen führenden Leitungsabschnitte und für Leitungsteile innerhalb von Anlagen, die der Trocknung, Aufbereitung oder Entschwefelung von Erdgas dienen, soweit das Gas aus verfahrenstechnischen Gründen nass befördert werden muss. ³Dies gilt ferner nicht für Rohrleitungen, die dem Testen und Freifördern von Erdgasbohrungen dienen.

5.4 ¹Rohrleitungen, in denen Erdgas mit einem Schwefelwasserstoffgehalt von mehr als 1 Vol.-% befördert wird, dürfen in Bebauungsgebieten nicht betrieben werden. ²Bei der Verlegung ist von diesen Gebieten ein Mindestabstand von 200 m, von einzelnen außerhalb dieser Gebiete gelegenen Gebäuden ein Mindestabstand von 50 m einzuhalten. ³Ist die Verlegung einer Rohrleitung durch ein Bebauungsgebiet oder ist ein Unterschreiten der Mindestabstände nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände nicht zu vermeiden, sind zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

5.5 Die Rohrleitungen sind vor der Einleitung von schwefelwasserstoffhaltigem Erdgas wasserfrei zu trocknen.

6. Rohrleitungsbuch

6.1 ¹Für jede Rohrleitung ist ein Rohrleitungsbuch zu führen und an einer den zuständigen verantwortlichen Personen zugänglichen Stelle im Betrieb aufzubewahren. ²Bilden mehrere Rohrleitungen ein gemeinsames Rohrleitungssystem, soll das Rohrleitungsbuch für das Rohrleitungssystem insgesamt geführt werden.

6.2 Das Rohrleitungsbuch muss wenigstens folgende Unterlagen und Nachweise enthalten:

- eine Ausfertigung des Verlegungsplans der Rohrleitung,
- ein Verzeichnis der für den Bau der Leitung verwendeten Rohre, Formstücke, Armaturen und Sicherheitseinrichtungen mit den zugehörigen Werkstoffangaben und Lieferbescheinigungen,
- Ergebnisse der durchgeführten Schweißnahtuntersuchungen,
- Daten und Ergebnisse der vorgeschriebenen Überwachungsmaßnahmen und die darüber ausgestellten Bescheinigungen und Berichte,
- Angaben über Zeitpunkt, Art und Umfang der an der Rohrleitung durchgeführten Instandsetzungsarbeiten und
- Angaben über die beim Betrieb der Rohrleitung aufgetretenen besonderen Vorkommnisse.

9210-2-W

**Elfte Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen**

Vom 8. März 2006

Auf Grund des Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) vom 28. Juni 1990 (GVBl S. 220, BayRS 9210-1-W), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 129 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie folgende Verordnung:

§ 1

§ 27 der Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustVVerk) vom 22. Dezember 1998 (GVBl S. 1025, BayRS 9210-2-W), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. September 2005 (GVBl S. 482), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. die Genehmigung von Flugplätzen (§ 6 LuftVG, §§ 38 bis 60 LuftVZO), die Festlegung des Ausbauplans (§ 12 LuftVG) sowie die Genehmigung der Flugplatzentgelte und der Flugplatzbenutzungsordnung, ausgenommen die Verkehrsflughäfen München und Nürnberg;“

b) Nr. 23 erhält folgende Fassung:

„23. der Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs (§§ 3, 5 und 7 LuftSiG) einschließlich der Entscheidung im Einzelfall, welchen Personen die Berechtigung zum Zugang zu nicht allgemein zugänglichen Bereichen erteilt werden darf oder bei Wegfall der Voraussetzungen zu entziehen ist (§ 10 Satz 1 LuftSiG), sowie die Aufsicht über den Vollzug des § 8 LuftSiG mit Ausnahme der Verkehrsflughäfen München und Nürnberg.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 2006 in Kraft.

München, den 8. März 2006

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Erwin H u b e r , Staatsminister

2013-2-9-F

Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebO Verm)

Vom 15. März 2006

Auf Grund des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 des Kostengesetzes vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), erlässt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

§ 1	Gebührengegenstand
§ 2	Gebühren nach dem Zeitaufwand (Zeitgebühren)
§ 3	Gebühren für Grenzfeststellungen und Fortführungsvermessungen (ohne Gebäudeveränderungen)
§ 4	Wertfaktoren
§ 5	Dringlichkeitszuschlag
§ 6	Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen
§ 7	Gebühren für Katasterneuvermessungen
§ 8	Gebühren für Umlegungen und vereinfachte Umlegungen bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt
§ 9	Gebühren in besonderen Fällen
§ 10	Gebühren für Auszüge aus dem Liegenschaftskataster
§ 11	Auslagen
§ 12	Befreiung, Erstattungsverzicht
§ 13	Schuldner
§ 14	Entstehung des Kostenanspruchs, Fälligkeit
§ 15	Vorschusspflicht, Zurückbehaltungsrecht
§ 16	In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift
Anlage	Gebührenverzeichnis

§ 1

Gebührengegenstand

(1) Für folgende Leistungen der staatlichen Vermessungsämter werden Benutzungsgebühren nach den Vorschriften dieser Verordnung erhoben, soweit nicht besondere Vorschriften entgegenstehen:

1. Katastervermessungen zur
 - a) Festlegung und Sicherung der Eigentumsgrenzen (Grenzfeststellungen),
 - b) Fortführung des Liegenschaftskatasters (Fortführungsvermessungen),
2. Katasterneuvermessungen,

3. Qualitätssteigerung der Digitalen Flurkarte (DFK) und Erfassung der Bodennutzung auf Antrag,
4. Umlegungen und vereinfachte Umlegungen,
5. Abgabe von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster,
6. Sachverständigentätigkeit,
7. sonstige Leistungen auf Antrag.

(2) Die Bestimmungen dieser Gebührenordnung gelten auch für die den staatlichen Vermessungsämtern übergeordneten Behörden, soweit sie Leistungen nach Abs. 1 erbringen.

§ 2

Gebühren nach dem Zeitaufwand (Zeitgebühren)

(1) ¹Soweit in dieser Verordnung keine andere Regelung getroffen ist, bemisst sich die Höhe der Gebühren nach dem Zeitaufwand. ²Die Zeitgebühren errechnen sich nach der für die Leistung aufgewendeten, für jede Bedienstete und jeden Bediensteten auf halbe Stunden auf- oder abgerundeten Arbeitszeit.

(2) Die Gebühr beträgt je Stunde

im Außendienst

1. für Beamte des höheren Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des höheren Dienstes vergleichbare Angestellte 63 €
2. für Beamte des gehobenen Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des gehobenen Dienstes vergleichbare Angestellte 55 €
3. für Beamte des mittleren Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des mittleren Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter 43 €
4. für Beamte des einfachen Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des einfachen Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter 38 €

im Innendienst

5. für Beamte des höheren Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des höheren Dienstes vergleichbare Angestellte 58 €

- | | |
|---|-------|
| 6. für Beamte des gehobenen Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des gehobenen Dienstes vergleichbare Angestellte | 50 €, |
| 7. für Beamte des mittleren Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des mittleren Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter | 38 €, |
| 8. für Beamte des einfachen Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des einfachen Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter | 33 €. |

§ 3

Gebühren für Grenzfeststellungen und Fortführungsvermessungen (ohne Gebäudeveränderungen)

(1) ¹Für Grenzfeststellungen, Teilungsmessungen sowie für die vermessungs- und katastertechnische Behandlung von Umlegungen und vereinfachten Umlegungen, bei denen die Befugnis zur Durchführung nicht auf das staatliche Vermessungsamt übertragen wird, wird eine Gebühr nach Abs. 2 erhoben. ²Sie gilt nicht für die Erfassung von Veränderungen an Gewässerflurstücken und von Nutzungsarten auf Antrag. ³Für die Aufmessung der Uferlinie und die anschließende katastertechnische Behandlung des Gewässerflurstücks sowie die Erfassung der Nutzungsarten einschließlich ihrer Grenzen im Zusammenhang mit einer Vermessung nach Satz 1 werden Zeitgebühren erhoben.

(2) ¹Die Gebühr bemisst sich nach der Anzahl der in der Örtlichkeit sowohl festgestellten alten als auch festgelegten neuen Grenzpunkte sowie der Anzahl der in der Begrenzung veränderten alten und neu gebildeten Flurstücke. ²Die Gebühr beträgt

- | | |
|--|--------|
| 1. für den ersten Grenzpunkt | 222 €, |
| 2. für den zweiten bis 30. Grenzpunkt je | 70 €, |
| 3. für den 31. bis 100. Grenzpunkt je | 60 €, |
| 4. für alle weiteren Grenzpunkte je | 55 €, |
| 5. für das erste und zweite Flurstück | 335 €, |
| 6. für das dritte bis zehnte Flurstück je | 115 €, |
| 7. für das 11. bis 30. Flurstück je | 70 €, |
| 8. für das 31. und alle weiteren Flurstücke je | 35 €. |

³In den Fällen der Nrn. 1 bis 4 ermäßigt sich die Gebühr für nicht abgemarkte Grenzpunkte um je 20 €.

(3) ¹Bei der Ermittlung der Gebühren nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 5 bis 8 werden Flurstücke nicht herangezogen, deren Fläche fünf m² oder kleiner ist. ²Es werden mindestens zwei Flurstücke verrechnet.

(4) ¹Sind die Gebühren und Auslagen (ohne Umsatzsteuer) für eine Fortführungsvermessung, die der Grundstücksteilung dient, höher als ein Viertel des Verkehrswerts der dabei abzutrennenden Grundstücksteile und hat die Angelegenheit nur geringe wirtschaftliche Bedeutung, oder ist die Summe der Beträge der abgeteilten Flächen fünf m² oder kleiner, werden die Gebühren und Auslagen auf ein Viertel des Verkehrswerts dieser Grundstücksteile, höchstens jedoch um 75 v. H. ermäßigt. ²Dies gilt nicht für

die Fortführungsvermessung von Flächen, die dem öffentlichen Verkehr dienen oder dienen sollen, mit Ausnahme von öffentlichen Feld- und Waldwegen und Eigentümerwegen nach den Bestimmungen des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes. ³Maßgebend ist der Verkehrswert zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung.

(5) Für die Feststellung von Grundstücksgrenzen im Bereich von Katasterneuermessungen nach § 7 Satz 1 Nrn. 4 bis 6, von denen der oder die Antragstellende nicht betroffen ist, wird eine Ermäßigung von 50 v. H. der zu verrechnenden Gebühr nach Abs. 2 gewährt.

(6) ¹Für die nachträgliche Abänderung von Fortführungsnachweisen ohne Außendienst oder die Verschmelzung von Flurstücken werden Zeitgebühren nach § 2 erhoben. ²Falls die Verschmelzung im Zusammenhang mit einer beantragten Teilungsmessung innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung dieser Leistung erfolgt ist, entfällt die Gebühr nach Satz 1.

(7) Für nicht unwesentliche Verzögerungen bei der Bearbeitung des Antrags, die von den Beteiligten zu vertreten sind, sind zusätzlich Zeitgebühren nach § 2 zu erheben.

(8) ¹Mehrere Anträge sollen zur Berechnung der Gebühren zusammengefasst werden, wenn sie

1. in einem örtlichen und ursächlichen Zusammenhang stehen und
2. die Arbeiten im Außen- und im Innendienst in einem geschlossenen Arbeitsgang erledigt werden.

²Falls die Schuldner keine andere einvernehmliche Regelung zur Aufteilung der Gebühren vereinbaren, ermittelt das Vermessungsamt die Gesamtgebühr und verteilt diese auf die Schuldner im Verhältnis der Gebühren, die bei einer Festsetzung nach Einzelanträgen entstanden wären.

§ 4

Wertfaktoren

¹Die Gebühren nach den §§ 2 und 3 sind mit den nachfolgenden Wertfaktoren, die den Bodenwert (Verkehrswert) im Bereich des Messungsobjekts zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung berücksichtigen, zu multiplizieren:

Nr.	Bodenwert je m ²	Wertfaktor
1.	bis 5 €	0,8
2.	über 5 € bis 25 €	1,0
3.	über 25 € bis 50 €	1,3
4.	über 50 € bis 200 €	1,7
5.	über 200 € bis 500 €	2,0
6.	über 500 € bis 2.500 €	2,5
7.	über 2.500 €	3,5.

²Bei Arbeiten zur Qualitätssteigerung der Digitalen Flurkarte auf Antrag ist der Wertfaktor 0,5 anzusetzen.

§ 5

Dringlichkeitszuschlag

Werden Arbeiten auf besonderen Antrag vordringlich ausgeführt, erhöhen sich die Gebühren nach den §§ 2 bis 4 um 20 v. H.

§ 6

Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen

(1) Den Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen werden die Baukosten der Gebäudeveränderung zugrunde gelegt.

(2) ¹Die Gebühren werden je Flurstück wie folgt bemessen:

Nr.	Baukosten	Gebühr
1.	bis 25.000 €	130 €
2.	über 25.000 € bis 125.000 €	290 €
3.	über 125.000 € bis 375.000 €	575 €
4.	über 375.000 € bis 1 Mio €	1.100 €
5.	über 1 Mio € bis 2,5 Mio €	1.740 €
6.	über 2,5 Mio € bis 5 Mio €	2.400 €
7.	über 5 Mio € bis 50 Mio € je weitere angefangene 2,5 Mio € zusätzlich	1.160 €
8.	über 50 Mio € je weitere angefangene 2,5 Mio € zusätzlich	780 €

²Bei Gebäudeveränderungen, die ohne Außendienst nur katastertechnisch behandelt werden, wird die Gebühr um 50 v. H. ermäßigt.

(3) Gebäudeabbrüche und Veränderungen in der Beschreibung der Gebäude, die nicht in einem örtlichen und ursächlichem Zusammenhang mit einer Gebäudeeinmessung stehen, werden mit Zeitgebühren nach § 2 ohne Berücksichtigung des Wertfaktors nach § 4 abgerechnet.

§ 7

Gebühren für Katasterneuvermessungen

¹Die Gebühr beträgt je Hektar des Neumessungsgebiets für eine

Katasterneuvermessung mit Feststellung und Abmarkung aller Grundstücksgrenzen	
1. im eng bebauten Gebiet	5.200 €
2. im bebauten Gebiet	2.600 €
3. im nicht bebauten Gebiet	600 €

Katasterneuvermessung mit Feststellung und Abmarkung der Grundstücksgrenzen des Antragstellers

4. im eng bebauten Gebiet	2.600 €
5. im bebauten Gebiet	1.300 €
6. im nicht bebauten Gebiet	400 €

²Angefangene Hektare sind zur Gebührenberechnung auf Zehntelhektar auf- oder abzurunden. ³Bei Katasterneuvermessungen nach den Nrn. 3 und 6 wird mindestens die Gebühr für ein Hektar verrechnet.

§ 8

Gebühren für Umlegungen und vereinfachte Umlegungen bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt

(1) ¹Die Gebühr für vereinfachte Umlegungen, bei denen die Befugnis zur Durchführung auf das zuständige Vermessungsamt übertragen wird, bemisst sich nach § 3. ²Für Leistungen, die über die vermessungs- und katastertechnische Behandlung von vereinfachten Umlegungen hinausgehen, werden Zeitgebühren nach § 2 erhoben.

(2) ¹Die Gebühr (G) in Euro für Umlegungen nach den §§ 45 ff. des Baugesetzbuchs (BauGB), bei der die Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt übertragen wird, berechnet sich aus der Umlegungsmasse (U) in m² nach § 55 Abs. 1 BauGB und aus dem mittleren Bodenwert (B) in €/m² der Verteilungsmasse nach § 55 Abs. 4 BauGB wie folgt:

$$G = (\ln(B) - 2,62) \times U \times 0,5.$$

²Die gemäß Satz 1 berechnete Gebühr ist mit einem Faktor zu multiplizieren; der Faktor beträgt 0,7 für $A \leq 3$; er beträgt 1,3 für $A \geq 11$; in allen übrigen Fällen beträgt er 1,0. ³A berechnet sich aus der Anzahl der Ordnungsnummern im Umlegungsplan pro Hektar (O) und der Anzahl der Zuteilungsflurstücke pro Hektar (Z) wie folgt:

$$A = \sqrt{O \times Z}.$$

⁴Die Gebühr nach Satz 1 beträgt mindestens 6.400 € je Hektar der Umlegungsmasse; angefangene Hektare sind bei der Gebührenberechnung anteilig zu berücksichtigen.

§ 9

Gebühren in besonderen Fällen

(1) Wird ein Antrag nach Beginn, aber vor Abschluss der sachlichen Bearbeitung zurückgenommen, sind die erbrachten Leistungen nach den §§ 2, 4 und 5 abzurechnen.

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß, wenn ein Antrag wegen Uneinigkeit der Beteiligten oder aus anderen Gründen, die das Vermessungsamt nicht zu vertreten hat, nicht abschließend bearbeitet werden kann.

(3) Wird eine vorzeitig beendete Leistung auf erneuten Antrag hin oder nach Wegfall des Hindernisses fortgesetzt, so sind die nach Abs. 1 berechneten Gebühren insoweit anzurechnen, als durch die frühere Teilleistung Arbeitsaufwand eingespart wird.

(4) Rückvermessungen nach Art. 8 Abs. 5 des Vermessungs- und Katastergesetzes sind mit Zeitgebühren nach § 2 ohne Ansatz des Wertfaktors nach § 4 abzurechnen.

§ 10

Gebühren für Auszüge aus dem Liegenschaftskataster

(1) Die Gebühren für die Abgabe von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster bemessen sich nach dem Gebührenverzeichnis (**Anlage**).

(2) ¹Für die Vervielfältigung, Verbreitung oder Wiedergabe der Erzeugnisse nach Abs. 1 sind Gebühren zu entrichten. ²Dies gilt insbesondere dann, wenn die Erzeugnisse nach Abs. 1 durch den Erwerber einer Bearbeitung unterzogen werden. ³Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem Verwaltungsaufwand der in Anspruch genommenen Einrichtung und der Bedeutung der Leistung für den Erwerber; Art, Umfang und Auflagenhöhe der Erzeugnisse sind zu würdigen.

(3) ¹Für Auszüge aus dem Liegenschaftskataster kann die Gebühr ermäßigt werden, wenn eine Gegenseitigkeit vorliegt oder sonstige Vorteile für die staatlichen Vermessungsämter oder ihre übergeordneten Behörden mit der Ermäßigung verbunden sind. ²Ermäßigung kann auch gewährt werden, soweit die Auszüge für Lehr-, Studien- oder ähnliche Zwecke verwendet werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen kann für bestimmte Arten von Fällen zulassen, dass Gebühren nach Abs. 1 und 2 ermäßigt oder nicht erhoben werden, soweit ihre Erhebung Billigkeitserwägungen widerspricht.

§ 11

Auslagen

(1) Neben den Gebühren werden folgende Auslagen erhoben:

1. Entgelte für die Beförderung und Zustellung von Sendungen, ausgenommen die Entgelte für Briefsendungen,
2. Aufwendungen für besonders teures Verpackungsmaterial und für Datenträger, soweit der Betrag 5 € übersteigt,
3. Aufwendungen für Material, das für die Bezeichnung und Sicherung der Grenz- und Vermessungspunkte verwendet wird,
4. anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zustehende Beträge,
5. die Umsatzsteuer, die auf die Gebührensumme

nach §§ 2 bis 6 entfällt; dies gilt nicht für Anträge nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 und § 8.

(2) ¹Bei Gebührenfreiheit sind die Auslagen nach Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 zu erheben, wenn sie mehr als 5 € betragen. ²Auslagen, die bei richtiger Sachbehandlung nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

§ 12

Befreiung, Erstattungsverzicht

(1) Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben:

1. für die An- und Rückreise bei Arbeiten im Außendienst,
2. für die Verschmelzung und Zerlegung von Flurstücken, wenn diese Arbeiten aus katastertechnischen Gründen von Amts wegen vorgenommen werden,
3. für unbeglaubigte Auszüge aus der Flurkarte als Anlage zur Kostenrechnung bei Grenzermittlungen und Grenzwiederherstellungen sowie bei Veränderungen in der Abgrenzung der Nutzungsarten und im Bestand der Gebäude,
4. für die erstmalige Abgabe der auf Antrag oder im Zusammenhang mit einer Leistung nach § 7 zu erstellenden Digitalen Flurkarte und/oder eines entsprechenden Auszugs in analoger Form,
5. für Arbeiten, die der Bodenschätzung dienen,
6. für Arbeiten, die auf Ersuchen eines Grundbuchamts ausgeführt werden.

(2) ¹Ist der Schuldner eine Staatsbehörde, wird auf die Erstattung verzichtet, wenn die Forderung (Gebühr und Auslagen) einen Betrag von 50 € bei einmaliger Leistung oder einen Jahresbetrag von 50 € bei fortdauernden Leistungen nicht überschreitet. ²Im Übrigen finden Vorschriften, die die Erstattung unter Staatsbehörden ausschließen, auf die Gebühren und Auslagen dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 13

Schuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist verpflichtet:

1. wer die Leistung beantragt hat,
2. wer sich schriftlich gegenüber der Vermessungsbehörde zur Tragung der Gebühren und Auslagen bereit erklärt hat,
3. wer für die Zahlung der Gebühren und Auslagen kraft Gesetzes haftet,
4. wer die Gebühren und Auslagen einer früher beantragten Leistung getragen hat, wenn sie aus Verschulden Beteiligter oder Dritter rückgängig gemacht oder abgeändert werden muss,
5. derjenige, in dessen Interesse eine Fortführungs-

vermessung zur Veränderung in der Abgrenzung der Nutzungsarten erfolgt.

(2) Gebühren und Auslagen, die durch unbegründete Einwendungen eines Beteiligten oder durch Verschulden eines Beteiligten oder Dritten entstanden sind, können diesem auferlegt werden.

(3) Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 14

Entstehung des Anspruchs, Fälligkeit

(1) Der Anspruch auf die Gebühren und Auslagen entsteht mit Beendigung der Leistung oder der Zurücknahme des Antrags.

(2) Die Gebühren und Auslagen werden mit der Bekanntgabe des Bescheids fällig, wenn nicht das staatliche Vermessungsamt oder die übergeordneten Behörden einen späteren Zeitpunkt bestimmen.

§ 15

Vorschusspflicht, Zurückbehaltungsrecht

¹Leistungen, die auf Antrag vorgenommen werden, können von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig gemacht werden. ²Urkunden, Schriftstücke, Karten, Zeichnungen und Datenträger können bis zur Bezahlung der geschuldeten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 16

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift

(1) ¹Diese Verordnung tritt am 1. April 2006 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. März 2006 tritt die Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebOVerm) vom 29. November 2001 (GVBl S. 926, BayRS 2013-2-9-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Dezember 2003 (GVBl S. 936), außer Kraft.

(2) Bei Vermessungen nach den §§ 3 und 8, die vor dem 1. April 2006 beantragt wurden, werden die Gebühren nach der Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter vom 29. November 2001 in der bis zum In-Kraft-Treten dieser Verordnung geltenden Fassung berechnet.

München, den 15. März 2006

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Prof. Dr. Kurt Falthauer, Staatsminister

Anlage

Gebührenverzeichnis (GebVz)

Nr.	Gegenstand	Gebühr
1.	Analoge Auszüge aus dem Liegenschaftskataster	
1.1	Auszüge aus der Flurkarte	
1.1.1	Erstfertigung im Format bis einschließlich	
	– DIN A4	15,00 €
	– DIN A3	22,00 €
	– Flurkartenformat (2181 cm ²)	29,00 €
	– größer als Flurkartenformat (bis max. DIN A1)	49,00 €
1.1.2	Mehrfertigung	20 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1.1
1.2	Auszüge aus der Flurkarte, überlagert mit zusätzlichen Kartenwerken (z.B. Höhenlinien, Bodenschätzung)	nach Nr. 1.1 zuzüglich 50 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1 je über- lagertem Kartenwerk
1.3	Zusätzliche Kartenwerke separat (ohne Auszug aus der Flurkarte)	50 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1
1.4	Spann- und sonstige Streckenmaße Grundgebühr einschließlich Katasterauszug zusätzlich je Maßzahl	nach Nr. 1.1 3,00 €
1.5	Risskopien u. Ä. (Kopien von Rissen aller Art, Katasterfestpunktübersichten und dergleichen, in schwarzweiß im Format bis einschließlich)	
	– DIN A4	18,00 €
	– DIN A3	36,00 €
1.6	Auszüge aus dem automatisierten Liegenschaftsbuch je Flurstück	
	– für das 1. Flurstück	6,00 €
	– für das 2. bis 100. Flurstück	1,50 €
	– ab dem 101. Flurstück	0,65 €
1.7	Abgabe von Auszügen in Farbe	zusätzlich 50 v. H. der Gebühr nach Nr. 1

Nr.	Gegenstand	Gebühr
2.	Digitale Geobasisdaten	
	Datenabgabe beinhaltet die Einräumung eines zeitlich unbefristeten, nicht ausschließlichen, internen Nutzungsrechts	
	Grundgebühr je Datenabgabe (Erstabgabe und Aktualisierung)	30,00 €
	Grundgebühr bei Abgabe der Daten anhand eines durch den Antragsteller gewünschten Umfangspolygons mit mehr als 6 Punkten (nicht bei Abruf über GeodatenOnline)	60,00 €
2.1	Vektordaten der Digitalen Flurkarte (DFK)	
2.1.1	je Flurstück	
	- für das 1. bis 500. Flurstück	2,80 €
	- für das 501. bis 5.000. Flurstück	1,00 €
	- ab dem 5.001. Flurstück	0,50 €
2.1.2	Abgabe auf Grund einer Aktualisierungsvereinbarung	
2.1.2.1	erstmalige Abgabe der Daten	nach Nr. 2.1.1
	erstmalige Abgabe für das Gebiet des Freistaates Bayern	nach Nr. 2.1.2.2
2.1.2.2	Aktualisierung (Datenabgabe maximal vierteljährlich) je Flurstück (der erstmaligen Abgabe)	jährlich
	- für das 1. bis 500. Flurstück	0,60 €
	- für das 501. bis 5.000. Flurstück	0,20 €
	- für das 5.001. bis 20.000. Flurstück	0,10 €
	- für das 20.001. bis 100.000. Flurstück	0,08 €
	- ab dem 100.001. Flurstück	0,05 €
2.1.3	Objektstrukturierte, auszugsweise Abgabe im Datenformat Shapefile	zusätzlich 20 v. H. der Gebühr nach Nrn. 2.1.1 und 2.1.2
2.2	Rasterdaten der DFK	
	Auszüge im Maßstab 1:1.000, Auflösung 300 dpi	
2.2.1	Je km ²	
	- für den 1. bis 5.000. km ²	22,00 €
	- für den 5.001. bis 25.000. km ²	11,00 €
	- für den 25.001. bis 50.000. km ²	4,40 €
	- ab dem 50.000. km ²	2,20 €
	landesweite Abgabe	484.000,00 €
2.2.2	Mehrplatzlizenzen (Gebühr für die Nutzung an mehr als einem Arbeitsplatz)	nach Nr. 2.2.1 oder Nr. 2.2.3 multipliziert mit dem Faktor
	- für die Nutzung an bis 5 Arbeitsplätzen	1,0
	- für die Nutzung an bis 20 Arbeitsplätzen	1,5
	- für die Nutzung an bis 50 Arbeitsplätzen	2,0
	- für die Nutzung an über 50 Arbeitsplätzen	3,0

Nr.	Gegenstand	Gebühr
2.2.3	Aktualisierung auf Grund einer Aktualisierungsvereinbarung	jährlich 20 v. H. der Gebühr nach Nrn. 2.2.1 und 2.2.2
2.3	Daten der Bodenschätzung	
2.3.1	Vektordaten je Polygon	50 v. H. der Gebühr je Flurstück nach Nr. 2.1.1
2.3.2	Rasterdaten je km ²	50 v. H. der Gebühr je km ² nach Nrn. 2.2.1 und 2.2.2
2.4	Hauskoordinaten und Hausumringe	
2.4.1	Hauskoordinaten je Hauskoordinate – für die 1. bis 10.000. Hauskoordinate – für die 10.001. bis 100.000. Hauskoordinate – ab der 100.001. Hauskoordinate	0,15 € 0,06 € 0,03 € höchstens jedoch 27.000,00 €
2.4.2	Hausumringe – Vektordaten	
2.4.2.1	je Hausumring	150 v. H. der Gebühr je Hauskoordinate nach Nr. 2.4.1
2.4.2.2	in Kombination mit Hauskoordinaten nach Nr. 2.4.1 je Hauskoordinate	200 v. H. der Gebühr nach Nr. 2.4.1
2.4.3	Mehrplatzlizenzen (Gebühr für die Nutzung an mehr als einem Arbeitsplatz) – für die Nutzung an bis 5 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an bis 20 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an mehr als 20 Arbeitsplätzen	nach Nrn. 2.4.1 oder 2.4.2 multipliziert mit dem Faktor 1,0 1,5 2,0
2.4.4	Aktualisierung – Updatezyklus 1 Jahr – Updatezyklus 2 Jahre – Updatezyklus 3 Jahre – Updatezyklus länger als 3 Jahre	Vomhundertersatz der Gebühr nach Nrn. 2.4.1 bis 2.4.3 in Höhe von 30 v. H. 60 v. H. 90 v. H. 100 v. H.
2.5	Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB)	

Nr.	Gegenstand	Gebühr
2.5.1	Abgabe von ALB-Daten	
2.5.1.1	Flurstücksgrunddaten je Flurstück	
	– für das 1. bis 20.000. Flurstück	0,60 €
	– für das 20.001. bis 100.000. Flurstück	0,30 €
	– ab dem 100.001. Flurstück	0,20 €
2.5.1.2	Eigentümergrunddaten je Flurstück	nach Nr. 2.5.1.1
2.5.2	Abgabe auf Grund einer Aktualisierungsvereinbarung	
	Bei Abgabe von ALB-Daten nach Nr. 2.5.1 auf Grund einer Aktualisierungsvereinbarung entfällt die Gebühr für die Erstausrüstung. Die jährliche Gebühr für die Aktualisierung ist dann erstmals im Jahr der Erstausrüstung fällig.	
2.5.2.1	ohne gegenseitigen Datenaustausch	jährlich 20 v. H. der Gebühr nach Nr. 2.5.1.1 bzw. Nr. 2.5.1.2
2.5.2.2	bei gegenseitigem Datenaustausch ohne Verwendung eines elektronisch lesbaren Datenträgers	jährlich 16 v. H. der Gebühr nach Nr. 2.5.1.1 bzw. Nr. 2.5.1.2
2.5.2.3	bei gegenseitigem Datenaustausch auf elektronisch lesbarem Datenträger	jährlich 8 v. H. der Gebühr nach Nr. 2.5.1.1 bzw. Nr. 2.5.1.2
2.5.2.4	zur Führung des Jagdkatasters	nach Nr. 2.5.2.3
3.	Internet-Dienste zur Nutzung amtlicher Geobasisdaten (Geobasisdienste)	
3.1	Online-Abruf von Geobasisdaten (GeodatenOnline)	
3.1.1	Abruf eines DIN A4-Auszugs der Digitalen Flurkarte im Präsentationsformat	
3.1.1.1	Tarif a je Abruf	11,50 €
3.1.1.2	Tarif b Grundgebühr für jeden angefangenen Kalendermonat (Bei Bestehen einer Vereinbarung nach Nr. 2.1.2 entfällt die Grundgebühr) zusätzlich je Abruf	55,00 € 5,75 €
3.1.2	Abruf von ALB-Daten (Voraussetzung: Zulassung des Nutzers zum automatisierten Abrufverfahren)	
3.1.2.1	Abruf je Flurstück	4,00 €
3.1.2.2	Abruf auf Grund einer Aktualisierungsvereinbarung (Abrechnung auf der Basis der in die Vereinbarung einbezogenen Flurstücke)	jährlich 12 v. H. der Gebühr nach Nr. 2.5.1

Nr.	Gegenstand	Gebühr
3.1.3	Abruf weiterer, in Nr. 2 genannter Geobasisdaten	nach Nr. 2
3.2	Nutzung des BayernViewer	
3.2.1	Nutzung der Geobasisdaten nach Nrn. 3.2.2.1 bis 3.2.2.4 (bayernweit, Einzelplatzlizenz)	für jeden angefangenen Kalendermonat: 90,00 €
3.2.2	Nutzung einzelner Produkte der Geobasisdaten (bayernweit)	für jeden angefangenen Kalendermonat:
3.2.2.1	Digitale Flurkarte	40,00 €
3.2.2.2	Digitales Orthophoto – maximale Auflösung 0,8 m – maximale Auflösung 0,4 m	20,00 € 40,00 €
3.2.2.3	Digitale Ortskarte	40,00 €
3.2.2.4	Topographische Karte 1:25.000	20,00 €
3.2.2.5	je weiterem Geobasisdatenlayer (Höhenlinien, Bodenschätzung, etc.)	20,00 €
3.2.3	Nutzung von Geofachdaten öffentlicher Stellen (bayernweit, zusätzlich zu Nutzungsentgelten, die durch die betroffenen öffentlichen Stellen erhoben werden) Bereitstellungsentgelt je Layer	für jeden angefangenen Kalendermonat: 5,00 €
3.2.4	Gebietseinschränkung je Landkreis (inklusive angrenzender kreisfreier Städte)	40 v. H. der Gebühr nach Nrn. 3.2.1 bis 3.2.3
3.2.5	Zeitliche Beschränkung (nur für die bayernweite Nutzung der Geobasisdaten nach Nr. 3.2.1) Lizenz zur Nutzung an einem Arbeitsplatz	je Kalendertag: 20 v. H. der Gebühr nach Nr. 3.2.1
3.2.6	Mehrplatzlizenz (Gebühr für die Nutzung an mehr als einem Arbeitsplatz) – für die Nutzung an bis 5 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an bis 20 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an bis 50 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an bis 100 Arbeitsplätzen – für die Nutzung an mehr als 100 Arbeitsplätzen	nach Nrn. 3.2.1 bis 3.2.4 multipliziert mit dem Faktor 1,5 2,0 3,0 5,0 7,0
4.	Sonstige Leistungen	
4.1	Sonstige Leistungen, die nicht in den Nrn. 1 bis 3 genannt sind	nach Zeit- und Materialaufwand sowie nach der Bedeutung der Leistung für die Benutzer

315-7-J

**Verordnung
zur Aufhebung von Richtervorbehalten
im Betreuungsverfahren**

Vom 15. März 2006

Auf Grund von § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Rechtspflegergesetzes (RPfLG) vom 5. November 1969 (BGBl I S. 2065), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 18. August 2005 (BGBl I S. 2477), in Verbindung mit § 3 Nr. 30 der Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Delegationsverordnung – DelV) vom 15. Juni 2004 (GVBl S. 239, BayRS 103-2-S), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Januar 2006 (GVBl S. 115), erlässt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

§ 1

Die in § 14 Abs. 1 Nr. 4 des Rechtspflegergesetzes bestimmten Richtervorbehalte werden insoweit aufgehoben, als sie sich auf folgende Einrichtungen beziehen:

1. die Bestellung eines Ergänzungsbetreuers (§ 1899 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und
2. die Bestellung eines neuen Betreuers (§ 1908c des Bürgerlichen Gesetzbuchs), sofern diese wegen Todes des bisherigen Betreuers erforderlich wird.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2006 in Kraft.

München, den 15. März 2006

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Dr. Beate Merk, Staatsministerin

2038-3-2-12-I

**Verordnung
zur Änderung der
Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für die Beamten der Laufbahnen
des feuerwehrtechnischen Dienstes**

Vom 17. März 2006

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665), erlassen die Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

§ 1

Die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Beamten der Laufbahnen des feuerwehrtechnischen Dienstes (ZAPO-Fw) vom 17. September 1993 (GVBl S. 738, BayRS 2038-3-2-12-I) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 2 wird die Zahl „35“ durch die Zahl „27“ ersetzt.

bb) In Nr. 5 werden die Worte „Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

cc) In Nr. 7 wird die Zahl „3“ durch den Buchstaben „B“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 2 wird das Wort „Berufsfeuerwehranwärter“ durch das Wort „Brandmeisteranwärter“ ersetzt.

2. § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 2 wird die Zahl „35“ durch die Zahl „30“ ersetzt.

b) In Nr. 6 wird die Zahl „3“ durch den Buchstaben „B“ ersetzt.

3. § 4 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 2 wird die Zahl „35“ durch die Zahl „32“ ersetzt.

b) Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. mit Erfolg die Diplom-Hauptprüfung oder

den Masterabschluss in einer mathematisch-naturwissenschaftlichen oder technischen Fachrichtung an einer Universität oder Technischen Hochschule oder ein in einem förmlichen Verfahren als laufbahnrechtlich gleichwertig anerkanntes Studium an einer Fachhochschule in einer für die Laufbahn geeigneten Fachrichtung abgelegt hat,“

c) In Nr. 6 wird die Zahl „3“ durch den Buchstaben „B“ ersetzt.

4. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 wird das Wort „Brandoberinspektorelehrgang“ durch die Worte „Laufbahnlehrgang für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst“ ersetzt.

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Die Einführungszeit zum Aufstieg in den höheren feuerwehrtechnischen Dienst dauert ein Jahr. ²Die Inhalte der Ausbildung richten sich nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes im Lande Nordrhein-Westfalen (VAPhD-Feu) in der jeweils geltenden Fassung.“

5. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird das Wort „Berufsfeuerwehranwärter“ durch das Wort „Brandmeisteranwärter“ ersetzt.

b) In Abs. 3 werden die Worte „des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

6. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Hauptbrandmeisterlehrgang“ durch das Wort „Hauptbrandmeisterdienst“ ersetzt.

b) In Abs. 1 Nrn. 1 und 4 werden jeweils die Worte „der Berufsfeuerwehr“ gestrichen.

c) In Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die

Worte „der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

7. § 15 Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst setzt die bestandene Anstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst voraus; im Zeitpunkt der Einstellung in den Vorbereitungsdienst soll darüber hinaus auch der Nachweis der erfolgreich abgeschlossenen Hauptbrandmeister- oder Gruppenführerprüfung vorliegen. ³Der Vorbereitungsdienst umfasst ein technisch-taktisches Praktikum im Einsatz- und Innendienst bei mindestens zwei Berufsfeuerwehren und einen Laufbahnlehrgang für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst, der auch bei Ausbildungsstätten in anderen Ländern abgeleistet werden kann.“

8. § 16 erhält folgende Fassung:

„§ 16

Höherer feuerwehrtechnischer Dienst

¹Der Vorbereitungsdienst dauert zwei Jahre. ²Die Ausbildung richtet sich nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes im Lande Nordrhein-Westfalen (VAPhD-Feu) in der jeweils geltenden Fassung.“

9. In § 18 Nr. 2 werden die Worte „eines Urlaubs nach den §§ 14 und 15“ durch die Worte „einer Dienstbefreiung nach den §§ 16 und 17“ ersetzt.

10. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und wie folgt geändert:

aa) In Nr. 3 wird das Wort „Prüfungsvergünstigungen“ durch das Wort „Nachteilsausgleich“ ersetzt.

bb) In Nr. 5 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.

cc) Es wird folgende Nr. 6 angefügt:

„6. die Durchführung und den Bewertungsmaßstab der einzelnen Prüfungsabschnitte der Einstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst, des Auswahlverfahrens für den Hauptbrandmeisterdienst und des Zulassungsverfahrens für den Aufstieg in den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst festzulegen.“

b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) ¹Der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen aus den eingeholten Vorschlägen (§ 25 Abs. 1 Nr. 1) die schriftlichen Prüfungsaufgaben aus und

bestimmen die zugelassenen Hilfsmittel. ²Die beiden weiteren Mitglieder bestimmt der Prüfungsausschuss.“

11. § 25 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Satzbezeichnungen werden gestrichen und es wird in Nr. 1 vor dem Wort „Prüfungsaufgaben“ das Wort „schriftlichen“ eingefügt.

b) Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.

12. § 27 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Die Mitglieder der örtlichen Prüfungskommissionen müssen Beamte des mittleren, des gehobenen oder des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes oder des gehobenen oder höheren bautechnischen Dienstes oder nicht-technischen Verwaltungsdienstes der in § 23 Abs. 3 genannten Dienstherren und Behörden sein. ²Bei der Anstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst sowie bei der Hauptbrandmeisterprüfung sollen zwei Mitglieder der örtlichen Prüfungskommission Hauptbrandmeister sein, die übrigen Mitglieder der Prüfungskommission müssen Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes sein. ³Beim Zulassungsverfahren für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst und der Anstellungsprüfung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst müssen die Mitglieder der Prüfungskommission Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes sein. ⁴Bei Prüfungen im Sanitätswesen soll ein Humanmediziner der örtlichen Prüfungskommission angehören.“

b) Abs. 4 wird aufgehoben; der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4.

13. In § 28 Abs. 2 werden nach dem Wort „dürfen“ die Worte „in der Regel“ eingefügt.

14. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) ¹Im schriftlichen Prüfungsabschnitt haben die Bewerber nachzuweisen, dass sie die für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst erforderlichen sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten, Allgemeinbildung sowie praktisches, logisches und technisches Verständnis besitzen. ²Die Prüfungszeit beträgt höchstens drei Stunden.

(3) ¹Im praktischen Prüfungsabschnitt haben die Bewerber nachzuweisen, dass sie die für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst erforderlichen handwerklich-praktischen Fähigkeiten besitzen. ²Die Prüfungszeit beträgt höchstens eine Stunde.“

b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Im sportlichen Prüfungsabschnitt haben die Bewerber nachzuweisen, dass sie die für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst

erforderliche körperliche Gewandtheit besitzen sowie schwimmen und tauchen können.² Insbesondere werden Höhentauglichkeit, der Gleichgewichtssinn, Beweglichkeit, Kraft und Ausdauer abgeprüft.“

15. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nr. 3 werden die Worte „Lehrprobe in einer taktischen Einheit von höchstens Gruppenstärke“ durch die Worte „Geräteunterweisung von höchstens 20 Minuten Dauer“ ersetzt.

bbb) In Nr. 4 werden die Worte „freien Vortrag“ durch das Wort „Lehrvortrag“ ersetzt.

bb) In Satz 4 werden die Worte „freien Vortrags“ durch das Wort „Lehrvortrags“ ersetzt.

b) In Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „eine zusätzliche Lehrprobe oder“ gestrichen.

16. §§ 32, 33 und 34 erhalten folgende Fassung:

„§ 32

Anstellungsprüfung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst

(1) ¹Die Anstellungsprüfung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst besteht aus einem schriftlichen, einem mündlichen und einem praktischen Prüfungsabschnitt. ²Teile der schriftlichen und praktischen Prüfung können auch während des Laufbahnlehrgangs für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst abgelegt werden.

(2) ¹Der schriftliche Prüfungsabschnitt umfasst eine Aufgabe „Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz“, eine Aufgabe „Einsatzlehre I und Feuerwehrtechnik“, eine Aufgabe „Einsatzlehre II“ und eine Aufgabe „Einsatz-, Haushalts- und Verwaltungsrecht“. ²Die Bearbeitungszeit beträgt jeweils drei Stunden.

(3) ¹Im mündlichen Prüfungsabschnitt wird jeder Prüfungsteilnehmer mindestens 45 Minuten geprüft. ²Die mündliche Prüfung findet als Einzelprüfung statt.

(4) ¹Der praktische Prüfungsabschnitt umfasst

1. eine Einsatzübung mit einer taktischen Einheit von mindestens der Stärke eines erweiterten Zuges im Rettungs- und Löscheinsatz oder Rettungs- und Hilfeleistungseinsatz,
2. eine Planübung als Einsatzleiter von bis zu zwei Löschzügen im Rettungs- und Löscheinsatz oder Rettungs- und Hilfeleistungseinsatz und

3. einen Lehrvortrag von 30 Minuten Dauer.

²Die praktischen Übungen sind durch fachtechnische Fragen zu ergänzen. ³Bei der Einsatzübung und der Planübung ist jeweils nur ein Prüfungsteilnehmer in seiner Funktion als Führer der taktischen Einheit zu prüfen. ⁴Das Thema des Lehrvortrags ist mindestens 24 Stunden vorher bekannt zu geben.

§ 33

Anstellungsprüfung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst

¹Die Anstellungsprüfung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst wird vor dem beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gebildeten Prüfungsausschuss für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes im Lande Nordrhein-Westfalen (VAPhD-Feu) in der jeweils geltenden Fassung abgelegt. ²Sie gilt als Anstellungsprüfung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst in Bayern.

§ 34

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) ¹Jeder Prüfungsabschnitt wird mit einer Gesamtnote bewertet, die aus den Noten für die einzelnen Aufgaben und Übungen als arithmetisches Mittel gebildet wird; Doppelaufgaben zählen zweifach. ²Das arithmetische Mittel aus den Gesamtnoten für die einzelnen Prüfungsabschnitte ergibt die Gesamtprüfungsnote.

(2) Die Einstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst hat nicht bestanden, wer

1. eine schlechtere Gesamtprüfungsnote als „ausreichend“ erhält,
2. im sportlichen, praktischen oder schriftlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“ erhält oder
3. bei einer Übung des sportlichen Prüfungsabschnitts die Note „ungenügend“ oder bei mehr als zwei Übungen die Note „mangelhaft“ erhält.

(3) Die Anstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst hat nicht bestanden, wer

1. eine schlechtere Gesamtprüfungsnote als „ausreichend“ erhält,
2. im schriftlichen Prüfungsabschnitt bei einer Aufgabe die Note „ungenügend“ oder bei mehr als einer Aufgabe die Note „mangelhaft“ erhält,
3. im mündlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“ erhält oder

4. im praktischen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“, bei einer Aufgabe oder Übung die Note „ungenügend“ oder bei mehr als einer Aufgabe oder Übung die Note „mangelhaft“ erhält.

(4) Die Hauptbrandmeisterprüfung hat nicht bestanden, wer

1. eine schlechtere Gesamtprüfungsnote als „ausreichend“ erhält,
2. im schriftlichen Prüfungsabschnitt in mehr als einer Aufgabe die Note „ungenügend“ oder in mehr als zwei Aufgaben die Note „mangelhaft“ erhält, wobei Doppelaufgaben zweifach zählen oder
3. im praktischen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“, bei einer Aufgabe oder Übung die Note „ungenügend“ oder bei mehr als einer Aufgabe oder Übung die Note „mangelhaft“ erhält,
4. im mündlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“ erhält.

(5) Die Anstellungsprüfung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst hat nicht bestanden, wer

1. eine schlechtere Gesamtprüfungsnote als „ausreichend“ erhält,
2. im schriftlichen Prüfungsabschnitt in einer Aufgabe die Note „ungenügend“ oder in mehr als einer Aufgabe die Note „mangelhaft“ erhält,
3. im praktischen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“, bei einer Aufgabe oder Übung die Note „ungenügend“ oder bei mehr als einer Aufgabe oder Übung die Note „mangelhaft“ erhält oder

4. im mündlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Gesamtnote als „ausreichend“ erhält.

(6) Prüfungsteilnehmer, die die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Zeugnis, aus dem sich die Gesamtnoten (Zahlenwert) und die daraus gebildete Gesamtprüfungsnote nach Notenstufe und Zahlenwert sowie die erreichte Platzziffer ergeben.“

17. In § 36 Satz 1 werden die Worte „Einstellungsprüfung und die“ gestrichen, der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„die Einstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst kann mehrfach wiederholt werden.“

18. In § 38 werden die Worte „Inkrafttreten dieser Verordnung“ durch „1. April 2006“ und die Worte „bisherigen Bestimmungen“ durch die Worte „Vorschriften in der bis zum Ablauf des 31. März 2006 geltenden Fassung“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 2006 in Kraft.

München, den 17. März 2006

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister

1100-1-2-I

Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags

Bekanntmachung des Präsidenten des Bayerischen Landtags vom 16. März 2006

Auf Grund von Art. 5 Abs. 3 Satz 4 und Art. 6 Abs. 2 Satz 5 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl S. 82, BayRS 1100-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (GVBl S. 226) wird Folgendes bekannt gemacht:

Nach Art. 5 Abs. 3 Satz 3 und Art. 6 Abs. 2 Satz 4 BayAbgG hat das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung jeweils die für die Anpassung von Entschädigung und Kostenpauschale maßgebenden Einkommens- und Preisentwicklungsraten mitzuteilen. Die Entschädigung der Abgeordneten steigt entsprechend der Entwicklung der Einkommen, die Kostenpauschale erhöht sich entsprechend der Preisentwicklungsraten.

In der entsprechenden Mitteilung des Landesamts werden – wobei die Veränderungen zwischen dem

Juli 2004 und dem Juli 2005 maßgeblich sind – die Einkommensentwicklungsrate mit 1,2 v.H. und die Preisentwicklungsrate mit 2,3 v.H. beziffert.

Demnach betragen ab **1. Juli 2006**

- | | |
|---|----------|
| – die Entschädigung
(Art. 5 Abs. 1 BayAbgG) | 6.166 €, |
| – die Kostenpauschale
(Art. 6 Abs. 2 BayAbgG) | 2.883 €. |

München, den 16. März 2006

Der Präsident des Bayerischen Landtags

Alois Glück